


212. Sitzung, Montag, 14. Mai 2007, 8.15 Uhr

 Vorsitz: *Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen

- Zuweisung von neuen Vorlagen *Seite 14989*
- Antworten auf Anfragen *Seite 14989*
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage*..... *Seite 14989*
- Sitzungsplanung *Seite 14989*

2. Änderung/Ergänzung Gemeindegesetz, Bürgerrecht, Erwerb

Motion von Bruno Walliser (SVP, Volketswil), Irene Minder-Roost (SVP, Seuzach) und Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon) vom 22. Januar 2007

 KR-Nr. 16/2007, Entgegennahme, keine materielle Behandlung..... *Seite 14990*
3. Zürcher Steuerbelastungsindex: Transparente Grundlagen für eine wettbewerbsorientierte Steuerstrategie

Dringliches Postulat von Beat Walti (FDP, Zollikon), Martin Arnold (SVP, Oberrieden) und Robert Marty (FDP, Affoltern a.A.) vom 26. März 2007

 KR-Nr. 101/2007, RRB-Nr. 587/18. April 2007 (Stellungnahme)..... *Seite 14990*

4. Abklärungen zur Vetsuisse Fakultät der Universität Zürich

Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 26.

April 2007

KR-Nr. 97/2007 Seite 14995

Verschiedenes

- Verabschiedung der scheidenden Ratsmitglieder..... Seite 15021
- Verabschiedung von Regierungspräsidentin Verena Diener Seite 15026
- Verabschiedung von Regierungsrat Ruedi Jeker Seite 15032
- Abschiedsrede des abtretenden Ratspräsidenten Seite 15038
- Rede der Ratsvizepräsidentin zum Abschied des abtretenden Ratspräsidenten Seite 15042
- Einladung zum Apéro Seite 15044
- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Persönliche Erklärung von Roland Munz, Zürich, zur Berichterstattung einer Gratiszeitung über den Eurovision Song Contest* Seite 15020
 - *Erklärung der SP-Fraktion zum abtretenden Ratspräsidenten* Seite 15041
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 15044

Geschäftsordnung

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Das Wort wird nicht verlangt.
Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Justizkommission:

- **Wahl der Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten für die Amtsdauer 2007 bis 2013**
Beschluss des Kantonsrates, [4399](#)

Zuweisung an die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit:

- **Genehmigung des Jahresberichts der Universität für das Jahr 2006**
[4400](#)

Zuweisung an die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt:

- **Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien**
Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Postulat [KR-Nr. 262/2003](#), [4401](#)

Antworten auf Anfragen

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Der Regierungsrat hat uns die Antwort auf vier Anfragen zugestellt:

KR-Nrn. [50/2007](#), [51/2007](#), [52/2007](#), [104/2007](#).

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 211. Sitzung vom 7. Mai 2007, 8.15 Uhr.

Sitzungsplanung

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Wir werden heute bis etwa um 10 Uhr Verhandlungen führen. Daran schliesst der Legislatorschlussakt an. Eine Kaffeepause findet heute nicht statt. Das Ende der heutigen Sitzung ist auf 11 Uhr vorgesehen. Anschliessend sind Sie alle zum Apéro im Erdgeschoss des Rathauses eingeladen.

2. Änderung/Ergänzung Gemeindegesetz, Bürgerrecht, Erwerb

Motion von Bruno Walliser (SVP, Volketswil), Irene Minder-Roost (SVP, Seuzach) und Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon) vom 22. Januar 2007

[KR-Nr. 16/2007](#), Entgegennahme, keine materielle Behandlung

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt?

Bernhard Egg (SP, Elgg): Ich stelle namens meiner Fraktion den Ablehnungsantrag.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Bernhard Egg beantragt Ablehnung der Motion. Die Motion bleibt auf der Geschäftsliste.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Zürcher Steuerbelastungsindex: Transparente Grundlagen für eine wettbewerbsorientierte Steuerstrategie

Dringliches Postulat von Beat Walti (FDP, Zollikon), Martin Arnold (SVP, Oberrieden) und Robert Marty (Affoltern a.A.) vom 26. März 2007

[KR-Nr. 101/2007](#), [RRB-Nr. 587/18](#). April 2007 (Stellungnahme)

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wird ein anderer Antrag gestellt?

Raphael Golta (SP, Zürich): Wir beantragen Ihnen Nichtüberweisung.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Sie haben das Wort zur Begründung dieses Antrags.

Raphael Golta (SP, Zürich): Wer die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich auf den Steuerwettbewerb reduziert, tut dem Standort ei-

nen Bären dienst. Wie schon bei der Frage der Dringlichkeit bleibt die SP dabei, das Postulat abzulehnen.

Die Fixierung auf den Steuerwettbewerb bringt den Kanton Zürich keinen Schritt weiter. Lassen Sie mich drei Punkte hervorheben.

Erstens: Wenn bürgerliche Kreise von Steuerwettbewerb sprechen, so geht es in erster Linie um die Interessen der Wohlhabenden. Die Bedürfnisse der niedrigen Einkommen gehen in der Diskussion meist vergessen. Die guten Steuerzahler sollen kommen, die andern interessieren nicht.

Zweitens: Wenn Firmen und Privatpersonen sich für einen Standort oder Wohnort entscheiden, so spielt die Steuerfrage nur eine untergeordnete Rolle. Dies belegen alle entsprechenden Untersuchungen. Die Postulanten hingegen gehen von Steuernomaden aus, die schnell herziehen und bei der nächsten Gelegenheit wieder in ein anderes Steuerparadies weiterziehen. Einen solchen Wettlauf kann der Kanton Zürich nur verlieren.

Drittens: Wir haben es schlicht nicht nötig, überall hervorstreichen, wo wir im Steuerwettbewerb stehen. Zürich hat andere Qualitäten und muss auf diesen aufbauen und diese auch zeigen. Die Qualitäten Zürichs liegen in einer guten Infrastruktur, einer intakten Umwelt, gut ausgebildeten Menschen und vielem mehr. Dies alles droht durch eine reine Definition unserer Position über die Steuern vergessen zu gehen.

Aus den genannten Gründen planen wir ein Postulat, das die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich anhand zusätzlicher Standortfaktoren betrachtet. Lehnen Sie das vorliegende Postulat gemeinsam mit der SP-Fraktion ab!

Beat Walti (FDP, Zollikon): Motivation oder Auslöser für dieses dringliche Postulat ist die Erkenntnis, dass Steuerpolitik etwas Kompliziertes ist und sich eigentlich für die politische Debatte nur beschränkt eignet, dass viele steuerpolitische Entscheide sich vor allem langfristig auswirken, aber mit kurzfristigen Argumenten gefochten wird. Wir finden deshalb, dass eine aufmerksame Beobachtung der steuerpolitischen Situation dringend nötig ist. Die Datenlage ist nicht besonders gut im Kanton Zürich, mindestens die Zugänglichkeit nützlicher Daten für diese steuerpolitische Diskussion. So möchte ich beispielsweise darauf hinweisen, dass Durchschnittswerte bezüglich Belastungen für den konkreten Niederlassungsentscheid von Steuerzah-

lenden, insbesondere von guten Steuerzahlenden, nicht besonders interessant sind, sondern es interessieren die konkreten Belastungszahlen und Vergleiche mit andern möglichen Niederlassungsorten. Ziel dieses dringlichen Postulates ist es also, die Transparenz und die Kontinuität sicherzustellen bezüglich wichtiger Beurteilungskriterien für die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich. Für das Parlament hat es auch den Aspekt einer Selbstdisziplinierung und es solle eine Struktur geben für sinnvolle steuerpolitische Diskussionen, die ein bisschen übers Tagesende hinaus führen. Mit einer Berichterstattung im Sinne der vorgeschlagenen kann auch ein Anlass geschaffen werden, über Grundsätzliches immer wieder zu diskutieren.

Es erstaunt mich eigentlich nicht so sehr, dass von Seiten der SP dieser Nichtüberweisungsantrag kommt. Aber ich muss trotzdem sagen, ich verstehe Sie auch nach vielen Jahren der steuerpolitischen Debatte nicht, dass Sie sich hier gegen das wettbewerbliche Bestehen des Kantons Zürich derart sträuben. Es geht letztlich beim Steuerwettbewerb um eine Tatsache, die primär auf dem Umstand beruht, dass in der Schweiz und auch im Kanton Zürich die Niederlassungsfreiheit gilt. Und wenn Sie sich gegen den Steuerwettbewerb stellen wollen, dann würde ich Ihnen ehrlicherweise doch empfehlen, Vorstösse gegen die Niederlassungsfreiheit einzureichen. Denn nur, wenn Sie Steuersubjekte zwangsweise an einem Ort anbinden, können Sie das Stattfinden des Steuerwettbewerbs verhindern. Selbst wenn Sie in der Schweiz eine materielle Steuerharmonisierung durchbringen würden, würde dieser Grundsatz noch gelten im internationalen Verhältnis; und das können Sie ja gar nicht ernst meinen. Auch Ihre Neidargumentation, es gehe hier nur um die Vorteile der guten Steuerzahlenden, kann ich schon gar nicht mehr hören. Es ist einfach eine Tatsache, dass gerade wir mittelguten Steuerzahlenden und viele schlecht oder gar nicht Steuerzahlenden eminent profitieren von denjenigen, welche überdurchschnittlich viel abliefern. Und die Menschen haben das auch verstanden, da bin ich überzeugt, Raphael Golta.

Es geht aber genau darum nicht bei diesem Postulat, sondern es geht einzig und allein um die Herstellung von Transparenz. Ich finde es schon ein Zeugnis der Armseligkeit, muss ich Ihnen sagen, wenn Sie sich gegen Transparenz wehren, wenn Sie nicht einmal hinsehen wollen, wie die Situation aussieht, obwohl hier drin doch ein recht breiter Konsens besteht, dass dies dringend nötig wäre.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas sagen zur Frage anderer Standortfaktoren. Es ist absolut unbestritten – ich sage es hier deutlich –, es ist absolut unbestritten, dass der Kanton Zürich andere wichtige Standortfaktoren kennt als die steuerliche Attraktivität. Aber auch darum geht es genau nicht. Der Hinweis ist hilflos insoweit, als er gelegentlich dazu dient, sich einfach aus der steuerpolitischen Diskussion bequem zu verabschieden. Es geht in Tat und Wahrheit mit diesem Postulat oder seinen indirekten Folgen eben darum, das Steuersubstrat im Kanton Zürich zu mehren und damit die finanzielle Basis zu schaffen für die Erhaltung dieser anderen Standortfaktoren. Gute Schulen, gutes Sozialwesen, gutes kulturelles Angebot, guter Umweltschutz, all das kostet viel Geld. Und wir machen uns Sorgen über die Finanzierbarkeit dieser wichtigen Standortfaktoren. Und gerade deshalb möchten wir wissen, wie der Kanton Zürich im Wettbewerb um gute Steuerzahlende steht, national und international. Und genau deshalb haben wir dieses Postulat eingereicht.

Zum Glück wurde die Dringlichkeit festgestellt. Und genau deshalb lade ich Sie ein, jetzt über Ihren ideologischen Schatten zu springen und hier auch die Überweisung zu unterstützen. Ich danke Ihnen.

Martin Arnold (SVP, Oberrieden): Den Ausführungen von Beat Walti kann ich mich eigentlich vorbehaltlos anschliessen. Ich möchte aber ein bisschen auf die Argumentation der SP eingehen, warum sie dieses Postulat nicht unterstützen will und die Überweisung ablehnt. Es ist für mich doch ziemlich erstaunlich, wenn man selbst die Schaffung der Grundlage, um den Steuerwettbewerb und die Positionierung Zürichs in diesem Steuerwettbewerb beurteilen zu können, nicht erarbeiten lassen will. Das ist für mich tatsächlich die Verabschiedung aus der Steuerwettbewerbsdiskussion der SP und für mich ein absolutes Zeichen der Schwäche. Ich beantrage Ihnen namens der SVP-Fraktion, das Postulat zu überweisen.

Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden): Es ist Ihnen bekannt, ein Steuersenkungsrennen sondergleichen überzieht die Schweiz; es ist eine Spirale nach unten, nichts besonders Intelligentes. Wir Grünen sind sicher nicht Player in diesem bürgerlichen Lieblingsspiel, das von einem Ratskollegen auch schon «Steuersenklerlis» genannt wurde. Wir sind allerdings trotzdem der Meinung, dieses Postulat sei zu überweisen. Wir haben auch schon für die Dringlichkeit gestimmt.

Was wir nicht meinen, was dieser Steuerbelastungsindex sein soll, ist ein eng fokussierter, Scheuklappen tragender Mechanismus der Selbstdisziplinierung des Parlaments, wie ich das in etwas freier Interpretation des Stichwortes von Beat Walti schon fast befürchte. Damit kann man Intelligenteres machen als nur gerade dies. Wir gehen davon aus, dass wir damit eine transparente Grundlage für einen offenen und scheuklappenfreien Diskurs über eine Steuerstrategie des Kantons Zürich haben, wohlverstanden aber für eine Steuerstrategie, die eine integrierte Standortstrategie darstellt. Denn die Steuern – es wurde gesagt – sind nur ein geringfügiger Bestandteil des Ganzen. Es ist ja dann auch nicht so, dass wir aus diesen Zahlen ablesen müssten – Daten ergeben keine Appelle –, dass wir aus irgendwelchen Zahlen ablesen müssten, es sei möglichst auf das alleroberste Segment und möglichst – sagen wir gleich noch – die Pauschalbesteuerten oder degressive Modelle abzustützen, sondern es geht darum, transparente Grundlagen zur Verfügung zu haben, um in Kenntnis der Fakten sich auch die Argumente dafür zu überlegen, was in der Sache für den Kanton richtig ist. Und in der Sache für den Kanton richtig ist, wie gesagt, garantiert nicht das Starren des Mäuschens oder des Kaninchens auf die Schlange, wenn reihum wieder einmal Steuern gesenkt werden.

Wir teilen die Analyse mit der SP. Wir teilen allerdings nicht die Ablehnung. Wir legen aber wiederum das Gewicht darauf, dass wir die ganze Standortfrage insgesamt betrachten müssen. Und wir werden nächsten Montag einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Er ist vorbereitet.

Brigitta Leiser-Burri (CVP, Regensdorf): Die CVP unterstützt die Dringlichkeit des Postulates. Die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich, auch eine objektive Beurteilung, ist dringend notwendig. Eine transparente Darstellung der steuerlichen Höherbelastung gegenüber anderen Kantonen und Gemeinden mit tieferen Steuerbelastungen erleichtert die Diskussion über die zahlreich vorhandenen nicht fiskalischen Standortvorteile des Kantons Zürich. Die Schaffung eines Steuerbelastungsindex ist also dringend notwendig. Wir bitten Sie, die Dringlichkeit dieses Postulates ebenfalls zu unterstützen.

Regierungsrat Hans Hollenstein: Der interkantonale Steuerwettbewerb ist ein zentrales Thema geworden. Wir arbeiten intern bereits sektorell mit vertieften Zahlen. Der Regierungsrat ist nun bereit, zu

prüfen, wie wir diese Zahlen für den Kanton, auch für die Öffentlichkeit, sinnvoll aufbereiten können. Eine gute Analyse ist eine Chance. Wir können die Diskussion hier im Rat versachlichen. Der Kanton Zürich steht steuerlich bereits heute in vielen Bereichen gut, teilweise auch sehr gut da. In anderen Bereichen, das wissen wir, sind wir gar nicht so gut, wie wir das gerne hätten. Bei allem ist wichtig – und das möchte ich auch hier betonen –, dass eine Analyse noch kein Entscheid für das weitere Vorgehen ist. Auch hier betone ich, dass wir die Standortfaktoren, auf die wir stolz sind, nicht vergessen. Und denken Sie bei allem daran: Standortfaktoren müssen auch finanziert werden. Wir dürfen schlussendlich nicht den eigenen Ast absägen, auf dem wir sitzen.

Ebenso wichtig ist – und das wird die Kunst der Zukunft sein –, die Standortfaktoren zu finanzieren und den Steuerwettbewerb sinnvoll mitzuhalten. Eine saubere Analyse und ein Monitoring sind die Basis für eine nachhaltige Steuerpolitik. In diesem Sinn ist der Regierungsrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 113 : 46 Stimmen, das dringliche Postulat zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Abklärungen zur Vetsuisse Fakultät der Universität Zürich

Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 26. April 2007

[KR-Nr. 97/2007](#)

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Wir haben freie Debatte beschlossen. Zuerst orientiert die Präsidentin der GPK, Romana Leuzinger. Danach hat die Sprecherin der GPK, Lisette Müller, das Wort für 20 Minuten. Anschliessend haben die übrigen GPK-Mitglieder ihrer Fraktionsgrösse nach ein Zeitfenster von zehn Minuten. Alle anderen Rednerinnen und Redner haben ein Zeitbudget von fünf Minuten. Zum Abschluss übergebe ich das Wort Bildungsdirektorin Regine Aeppli.

Romana Leuzinger (SP, Zürich), Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Die GPK legt Ihnen einen Bericht zur Vetsuisse Fakultät vor, der sich auf Ereignisse bezieht, die Mitarbeitende, Öffentlichkeit und Medien vor rund einem Jahr intensiv beschäftigt haben. Der Bericht wird Ihnen durch die Vorsitzende der Subkommission «Hochschulen», Lisette Müller, materiell vorgestellt werden. Gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen zur Arbeit der GPK in dieser Sache.

Die GPK hat sich mit der Vetsuisse eingehend befasst, weil verschiedene Vorkommnisse für Unruhe gesorgt haben. Es gab eine umfassende Aufsichtsbeschwerde, die im Beschwerdeausschuss behandelt wurde und nicht Teil des Berichts ist. Einzelpersonen haben sich an die GPK gewandt und ihre Besorgnis mitgeteilt. Es gab Vorstösse im Kantonsrat, die auf Turbulenzen und Missstände hinwiesen. Und es gab alarmierende Medienberichte, die aufzeigten, dass die in der Regel durchaus anregende Konkurrenz zwischen Schlüsselfiguren einer Fakultät ein destruktives Ausmass annahm. Schliesslich hat es die Universität selbst begrüsst, dass sich die GPK unvoreingenommen informiert und mit Beteiligten aus unterschiedlichen Lagern spricht, um sicherzustellen, dass verschiedene Perspektiven und Sichtweisen in die Situationsanalyse einfliessen. Es liegt in der Natur einer Aufsichtskommission, dass sie in weit grösserem Umfang mit Beschwerden, Klagen und mit Äusserungen der Unzufriedenheit konfrontiert ist als mit Lob über gelungene Leistungen. Zufriedene Mitarbeitende und zufriedene Klientinnen und Klienten gelangen nie an eine Aufsichtskommission, um über angenehme Arbeitsbedingungen oder über eine tadellose Dienstleistung Lob auszusprechen. Diesen Sachverhalt können die Mitglieder der GPK sehr wohl einordnen. Es sei hier in aller Deutlichkeit gesagt: Es sind Fehler passiert und es sind Entscheidungen getroffen worden, die für die Entwicklung der Vetsuisse nachteilig gewesen sind. Das heisst aber nicht, dass die Vetsuisse Fakultät mit ihrem grössten Dienstleistungszentrum, dem Tierspital, nun am Boden liegt. Die GPK hat auch den Eindruck, dass die Vetsuisse Fakultät im letzten Jahr gezeigt hat, dass sie eine lernende Organisation ist und sich weiterentwickelt. Dies konnten wir bei unseren Anhörungen, die besonders intensiv zwischen September des letzten Jahres und Februar diesen Jahres stattgefunden haben, feststellen.

Wie bereits erwähnt, wird die Vorsitzende der Subkommission, Lisette Müller, den Bericht materiell vorstellen. Ihr und den Mitgliedern der Subkommission, die massgeblich von der GPK-Sekretärin Madeleine Speerli unterstützt wurden, danke ich besonders für die umsichtige und sorgfältige Arbeit. Mein grösster Dank geht an die Personen der Vetsuisse Fakultät oder im Umfeld der Vetsuisse Fakultät, die in den Anhörungen gesprächsbereit und offen Auskunft gegeben haben. Den Mitarbeitenden der Fakultät, insbesondere des Tierspitals, die unter den unangenehmen Turbulenzen gelitten haben, danke ich. Sie waren bestrebt, ihre Leistungen so zu erbringen, dass Aussenstehende nicht mit den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen konfrontiert wurden.

Die GPK-Mitglieder sind sich darüber im Klaren, dass Expertenorganisationen schwierig zu führen sind. Man kann sie nicht wie Warenhäuser oder Versicherungsgesellschaften managen. Wir haben darum die Handlungsfelder benannt, sagen aber nichts über das Wie der zu erreichenden Ziele. Diese Aufgabe kommt klar der Führung zu. Den Entscheidungsträgern der Universität wie der im Fokus stehenden Fakultät empfehlen wir dringend, die Ereignisse selbstkritisch zu reflektieren und die richtigen Schlüsse für eine Weiterentwicklung zu ziehen. Die Mitarbeitenden der Vetsuisse haben dies verdient.

Lisette Müller-Jaag (EVP, Knonau), Referentin der GPK: Die GPK und die Subkommission «Hochschulen» haben die Abklärungen im Rahmen der kantonsrätlichen Oberaufsicht im letzten Herbst an die Hand genommen. Offen und unvoreingenommen an die Probleme heranzugehen, während sie teilweise bereits in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, war eine besondere Herausforderung. Im Rahmen der Oberaufsicht sind die Erkenntnisse in einem grösseren Zusammenhang zu werten und bezüglich äusserer Abläufe und allfällig vorhandener systembedingter Mängel zu betrachten. Die Prüfung von Vorkommnissen aus einer Aufsichtseingabe erfolgte mit einer Betrachtung auch der Gesamtsituation der Vetsuisse Fakultät der Universität Zürich. Die Organisation und Abläufe, Führung und Controlling standen somit im Mittelpunkt der Abklärungen. Und insbesondere der Grundsatz der Übereinstimmung von erstens Aufgaben, zweitens Kompetenzen und Mitteln sowie drittens Verantwortung. Wer Aufgaben zu erfüllen hat, braucht die dazu gehörigen Kompetenzen und

Mittel, um die Verantwortung tragen zu können. Wo sie nicht deckungsgleich sind, liegt ein struktureller Mangel vor.

Die Kommission nahm Einsicht in gesetzliche Grundlagen, Verordnungen und Reglemente, in Strukturberichte, Organigramme, Protokolle sowie in verschiedene vertrauliche Berichte. Von der Bildungsdirektion und der Universität liessen wir uns viele Fragen beantworten, und mit 18 Personen führte die Kommission unter Zusicherung grösster Vertraulichkeit persönliche Anhörungen durch.

Die Vetsuisse Fakultät steht im Kontext der 1998 beschlossenen Verselbstständigung der Universität und verschiedener Reorganisationen innerhalb der Fakultät sowie der Zusammenführung der Vetsuisse Fakultäten der Universitäten von Zürich und Bern. Strukturelle und organisatorische Anpassungen sind im Gange. Daneben müssen die Erträge aus Dienst- und Forschungsleistungen erhöht, ein neues Curriculum implementiert und eine gesamtschweizerische Studienreform nach internationalen Richtlinien umgesetzt werden. Die Universität ist in den letzten Jahren zu einem riesigen Unternehmen geworden. Das hat sich auch in den Feststellungen der GPK niedergeschlagen. Mit der Verselbstständigung der Universität ist die früher akademische Organisation in eine Führungsorganisation umzuwandeln, was einen Kulturwandel voraussetzt und den Beteiligten zusätzliche Aufgaben, Pflichten und Verantwortung bringt.

Die Vetsuisse Fakultät leidet unter einem Konflikt zwischen Körperschaft und Anstalt beziehungsweise zwischen Demokratie und Management. Den Grundsätzen der Freiheit von Forschung und Lehre stehen die Organisationsgrundsätze zur Führung eines Unternehmens gegenüber. Eine Kultur der Verbindlichkeit fehlt. Obwohl eine strategische Planung existiert, hat die Subkommission den Eindruck erhalten, dass diese bei der Spitze der operativen Leitung nicht präsent ist oder von den Beteiligten zu wenig gelebt wird. Diese Feststellung gilt für alle Ebenen der Fakultät. Aus einer mangelhaften oder mangelhaft kommunizierten Strategie können unterschiedliche Wahrnehmungen resultieren und die Durchsetzung ist erschwert. Die Entscheide um die Beschaffung des Linearbeschleunigers sind hierzu ein Beispiel.

Die Fakultätsspitze ist heute zu schwach, um das Tierspital zu führen. Es braucht ein Management und professionelle Führungsinstrumente. Die GPK kommt zum Schluss, dass die Führung der Vetsuisse Fakultät nicht im Nebenamt zu bewältigen ist. Eine Strategie hat die obersten Ziele und Leitlinien der Organisation festzulegen. Sie muss be-

kannt und verbindlich sein. Die Führung ist dafür verantwortlich, dass die strategischen Schwerpunkte durchgesetzt werden und auch unter erschwerten Bedingungen daran festgehalten wird.

Zu den Empfehlungen der GPK möchte ich etwas vorausschicken: Was haben Organisation und Strukturen mit persönlichen Konflikten zu tun? Sie geben Halt und Orientierung. Wo Rechte und Pflichten bekannt sind, wo man sich auf Regeln geeinigt hat und Klarheit über Zuständigkeiten und Kompetenzen besteht, da sind die Voraussetzungen für ein konstruktives Zusammenwirken gut. Es funktioniert jedoch nur, wenn sich die Beteiligten auch daran halten. Alle diese Aspekte haben zu den Schwierigkeiten beigetragen. Sie sind durch Missverständnisse und ungenügende Kommunikation verschärft worden und schliesslich eskaliert.

Die GPK empfiehlt daher: Die an sich geregelten Abläufe und Verfahren sind bekannt und transparent zu machen, so dass alle Beteiligten ihre Rechte und Pflichten kennen. Das gilt besonders auch bei Investitionsentscheiden und im Personalwesen. Die Grundsätze der rechtsgleichen Behandlung, des Willkürverbotes und des rechtlichen Gehörs sind konsequent einzuhalten. Die Kommunikation ist auf allen Stufen zu intensivieren und bezüglich Klarheit und Korrektheit zu verbessern. Und es ist eine Kultur gegenseitiger Achtung zu pflegen. Es hat etwas mit der Unternehmenskultur zu tun. Die bisherige Dominanz der veterinärmedizinischen Fachkompetenz muss einer Integration von betrieblicher Logik weichen. Strukturen und Prozesse müssen zur Koordination der beiden Gesichtspunkte zwingen. Diese sind daher in allen Leitungsgremien zu vertreten, was eine Diskurskultur voraussetzt.

Die GPK kommt zum Schluss, dass die Führung der Vetsuisse Fakultät nicht im Nebenamt zu bewältigen ist; das habe ich bereits gesagt. Das Dekanat mit zweijähriger Rotation, im Status eines Primus inter pares sowie einem vollen professoralen Arbeitspensum ist zu überdenken und sein Autonomiestatus mitsamt seinen Rechenschaftspflichten gegenüber der Fakultät sind klar zu regeln, beispielsweise in einem Leistungsauftrag. Das bestehende Vakuum im Bereich Personalführung ist zu beheben. Mit klar festgelegten Verfahren zur Konfliktbereinigung wie auch durch einen frühzeitigen Beizug von Personalfachleuten ist die Eskalation von Konflikten zu vermeiden und effizient zu lösen. Sie hat den ihr unterstellten Einheiten in Problemfällen Unterstützung anzubieten zur Erreichung der strategischen Ziele. Je-

der Aufgabenträger, jede Aufgabenträgerin muss über die notwendigen Kompetenzen und die finanziellen Mittel verfügen, die es zur Aufgabenerfüllung braucht. Die Grundlagen und Abläufe im Finanzwesen müssen bekannt sein und einheitlich interpretiert und angewendet werden. Notwendig ist zudem ein Controlling, das die Umsetzung der Strategie sicherstellt, die Infrastruktur mit den nötigen Arbeitsgeräten gewährleistet und auch die Lehrstuhlplanung danach ausrichtet. In der Vergangenheit kam es zum Beispiel vor, dass ein Lehrstuhl zu personenabhängig geschaffen und zu wenig auf die geltenden Strukturen und Bedürfnisse abgestellt wurde. Das soll künftig mit einem Strukturbericht sichergestellt werden, der offenbar bereits heute eine Voraussetzung für die Einleitung eines Berufungsverfahrens ist. Eine Expertenorganisation, wie dies die Universität ist, ist nicht leicht zu führen; das wurde bestätigt. Trotzdem und umso mehr braucht es klare, professionelle und dauerhafte Strukturen, und Managementgrundsätze müssen einen Platz erhalten, ohne dadurch den nötigen Freiraum einzuschränken. Den Grundsätzen der Freiheit von Forschung und Lehre stehen die Organisationsgrundsätze zur Führung eines Unternehmens gegenüber. Die frühere akademische Organisation ist nach der Verselbstständigung in eine Führungsorganisation umzuwandeln und hat den hierzu notwendigen Kulturwandel zu vollziehen.

Die GPK kommt zum Schluss, dass mit klaren Regeln über Aufgaben, Zuständigkeiten, Kompetenzen und Abläufe sowie einer transparenten Kommunikation einige Konflikte hätten vermieden werden können. Der Ruf der Vetsuisse Fakultät der Universität Zürich hat Schaden erlitten. Aus Sicht der GPK hätte sich dies vermeiden oder mindestens minimieren lassen. Das ist bedauerlich. Und es ist für die GPK nicht nachvollziehbar, dass eine als europäisches Kompetenzzentrum anerkannte Abteilung zumindest vorübergehend existenziell gefährdet worden ist. Es liegt im Wesen der obersten Führungsverantwortung, für eine konsequente Umsetzung der vereinbarten Strategie und die Sicherstellung der benötigten Mittel besorgt zu sein und für die Fehler und die Mängel unterer Ebenen geradezustehen.

Die GPK nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Führungsgremien das Vorgefallene selbstkritisch betrachten, dass erste Massnahmen zur Verbesserung der Unternehmenskultur eingeleitet sind, und auch, dass die Universität kürzlich über strukturelle Veränderungen auf der Führungsebene orientiert hat.

Abschliessend ist noch einmal festzuhalten, dass die Mitarbeitenden aller Stufen der Vetsuisse Fakultät Zürich und des Tierspitals für die Studierenden und den Kanton Zürich eine wertvolle und wichtige Arbeit leisten, die zu Unrecht in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Wir wünschen dem Tierspital, der Vetsuisse Fakultät und den Führungsverantwortlichen der ganzen Universität Weitsicht und Mut zu klaren Strukturen, einen offenen Blick nach innen und wache Antennen für die subtileren Klänge in ihrem gemeinsamen Unternehmen. Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen vom Kantonsrat, danke ich für das Interesse und die Aufmerksamkeit. Wir legen Ihnen von der GPK diesen Bericht zur Kenntnisnahme vor und damit spreche ich auch im Auftrag meiner Fraktion. Herzlichen Dank.

Walter Müller (SVP, Pfungen): Die Vorkommnisse an der Vetsuisse Fakultät und die entsprechende Berichterstattung in den Medien haben der Vetsuisse Fakultät einen grossen Imageschaden zugefügt. Um den Imageschaden nicht noch zu vergrössern, hat die GPK nicht in erster Konsequenz nach den Schuldigen gesucht. Vielmehr haben wir uns darauf beschränkt, die Strukturen und die Organisation zu hinterfragen und zu analysieren. Die GPK kommt zum Schluss: Die Strukturen und die Organisation an der Vetsuisse Fakultät sind weit gehend festgelegt. Diese finden aber im Alltag zu wenig Beachtung und sind nicht allen Mitarbeitenden bekannt. Das kann im Einzelfall zu Verunsicherungen führen. Aus diesem Grunde muss die Kommunikation auf allen Stufen verbessert werden. Sofern Konflikte festgestellt werden, müssen die übergeordneten Stellen viel schneller, konsequenter und rascher intervenieren. Es darf nicht sein, dass man Probleme aussitzt und hofft, dass akademisch geschulte Personen den Konflikt untereinander selber lösen wollen. Das führt zur Feststellung, dass man zu lange zu lieb ist und anschliessend zu schnell zu böse wird. Bei zu spätem Eingreifen entsteht der Eindruck von Willkür. Es ist nämlich nicht die Schuld des letzten Tropfens, dass das Fass zum Überlaufen kommt.

Noch ein Wort zur Fakultätsversammlung und zum Dekan. Der Dekan oder die Dekanin wird von der Fakultät für zwei Jahre gewählt, wobei eine Wiederwahl die Regel ist. An und für sich sind die Aufgaben und Zuständigkeiten des Dekans oder der Dekanin in den gesetzlichen Grundlagen umschrieben. Ihm oder ihr kommen die Leitung der Fakultät und die Aufsicht über die Institute zu. Damit verbunden ist ein

entsprechendes Weisungsrecht. Dieses Amt als Dekan muss er aber zusätzlich zu seinen Aufgaben als Lehrstuhlinhaber bewältigen. Die GPK kommt zum Schluss, dass die Führung der Vetsuisse Fakultät im Nebenamt nicht erledigt werden kann. Tatsächlich wird der Dekan lediglich als Primus inter pares betrachtet, das heisst als Erster unter Ranggleichen. Das kann dazu führen, dass nicht immer die stärkste Persönlichkeit als Dekan gewählt wird. Oder es besteht die Gefahr, dass diese starke Persönlichkeit nach zwei Jahren abgewählt wird. Aus diesem Grund empfehlen wir, die Führungsposition der Fakultät dauerhaft anzulegen und mit den nötigen Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten auszustatten. Dementsprechend muss der Leiter der Fakultät aber auch über die nötige Management-Ausbildung verfügen. Ist dies nicht der Fall, muss er sich diese Kenntnisse aneignen oder es muss ihm oder ihr ein Fakultätsmanager zur Seite gestellt werden. Die Führung – und dies vor allem am Tierspital – muss professionalisiert werden und der Verwaltung muss mehr Gewicht gegeben werden. Dementsprechend muss auch das Organigramm diesen Empfehlungen angepasst werden.

Zum Schluss: Alle Massnahmen, Reorganisationen, Umstrukturierungen und Veränderungen müssen in Zukunft stufengerecht, transparent und für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter klar und verständlich kommuniziert werden. Die GPK ist der Auffassung, dass hier die Missverständnisse und die unklare Kommunikation wesentlich zur Eskalation der Konflikte beigetragen haben. Ich hoffe, dass diese Empfehlungen umgesetzt werden, und hoffe, dass an der Vetsuisse Fakultät wieder Ruhe einkehrt. Ich danke Ihnen.

Andrea Kennel Schnider (SP, Dübendorf): Meine Vorredner haben das Wesentliche des Berichts schon festgehalten. Die GPK stellt Mängel in Strategie, Kommunikation und Führung fest und empfiehlt daher, die Strategien klarer zu definieren, transparent zu kommunizieren und auch umzusetzen. Da Strategien gefragt sind, ist es klar, dass die oberste Führungsebene gefordert ist. Eine solche Feststellung kann leider allzu leicht einfach als Angriff interpretiert werden. Das ist aber nicht das Ziel der GPK. Die GPK wird dann aktiv, wenn es Probleme gibt, und muss dann mögliche Mängel aufzeigen. Das heisst aber bei weitem nicht, dass es nur Mängel gibt oder die GPK nur solche sieht. Es ist ja auch nicht möglich, dass eine Universität, die zu den besten der Welt gehört, nur Mängel aufweist, im Gegenteil. Aber auch eine

sehr gute Uni hat immer Verbesserungspotenzial. Hier setzt die GPK an. Wir versuchen, zukunftsorientiert und lösungsorientiert zu arbeiten. Es bringt nichts, einfach eine schuldige Person zu finden und diese anzuprangern. Wir wollen zeigen, was verbessert werden kann. Genau in die Richtung gehen die Empfehlungen der GPK.

Bei den Hearings der GPK war mein Thema die Bedeutung des Linearbeschleunigers. Auf Grund der Erklärungen habe ich mich jeweils gefragt, ob die Arbeit mit dem Linearbeschleuniger nun strategisch wichtig sei oder nicht. Auf Grund der Hearings hatten wir den Eindruck, dass es hier keine Strategie gibt. Studiert man aber den Strukturbericht für die Abteilung «Bildgebende Verfahren, Radioonkologie» aus dem Jahr 2001 und auch den Entwicklungs- und Finanzplan der Universität vom September 2006, so ist die Arbeit mit dem Linearbeschleuniger strategisch wichtig. Die im Entwicklungs- und Finanzplan festgelegte Stossrichtung sollte eigentlich aktuell sein, wurde aber in den Hearings teilweise relativiert. Mir ist bewusst, dass der Linearbeschleuniger und seine Bedeutung teils umstritten sind. Es kann auch durchaus sein, dass der Linearbeschleuniger heute strategisch nicht mehr das gleiche Gewicht hat wie im Jahre 2001. Dann muss der Strategiewechsel aber bewusst vollzogen und auch kommuniziert werden. Das ist bis heute nicht geschehen, sonst wäre er im Entwicklungs- und Finanzplan von September 2006 nicht mehr erwähnt. Auch wenn unsere Empfehlungen der klaren Strategien und unmissverständlichen Kommunikation banal klingen mag, hoffe ich doch, dass sie von der Führung der Vetsuisse aufgenommen und umgesetzt wird. Konkret erwarte ich, dass nicht Ausreden gesucht werden, die die Empfehlungen der GPK verwässern oder Fehlentscheide entschuldigen. Führungsstärke ist nur, wenn Mängel eingestanden und auch korrigiert werden.

Marlies Zaugg-Brüllmann (FDP, Richterswil): Gestatten Sie mir zuerst eine tierische Einleitung. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: An der Vetsuisse Fakultät Zürich liegt ein Hund begraben. Allen Unkenrufen zum Trotz schaute die Politik hin und die GPK legt uns heute einen Bericht über die Ergebnisse der Untersuchungen vor. Und er ist nicht mit einem zahnlosen Tiger zu vergleichen, dieser Bericht! Die GPK hat sehr gründlich abgeklärt, recherchiert und wirklich triftige Schlüsse gezogen. Die Tigermutter braucht ihre Zähne, um die Kinder zurechtzuweisen, indem sie sie beim Schopf packt und leicht schüttelt.

Mehr braucht es nicht, damit sie begreifen. Auch die GPK mit ihrem Bericht kann zubeissen, jedoch keine Köpfe abbeissen und schon gar keine Köpfe rollen lassen. Die FDP ist überzeugt, dass auch die angesprochenen obersten Führungsverantwortlichen der strategisch-politischen wie auch die Führungskräfte der Universität Zürich verstanden haben, was mit den Empfehlungen der GPK gemeint ist und was zu tun ist.

Innerhalb der Vetsuisse ist das Tierspital in drei Departemente organisiert, diese wiederum in verschiedene Unterabteilungen oder Kliniken, die von Professoren und Professorinnen geleitet werden. Sie haben sich durch sehr hohe fachliche Kompetenzen in Forschung und Lehre auszuweisen. Dass sie das auch tun, davon nimmt die FDP mit Genugtuung Kenntnis. Denn Forschung und Lehre gehören zu unseren zukunftssträchtigen politischen Prioritäten. Die vielen Anhörungen der GPK haben gezeigt, dass ein exzellenter Forscher und ein motivierender Lehrer mit hoher Sozialkompetenz noch nicht genügt, um die Klinik zum Erfolg zu führen. Die oft im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten an der Vetsuisse genannte Professorin, die die Universität Zürich mittlerweile verlassen hat, ist mit den Vorbereitungen, eine selbstständige Klinik im Kanton Zug aufzubauen, schon sehr weit fortgeschritten. In einem exakt heute vor einer Woche veröffentlichten Interview hat es die Professorin auf den Punkt gebracht: Um sich die notwendigen Kenntnisse zur Führung einer Klinik anzueignen, habe sie einen Kurs in Rechnungslegung, Personalführung und Marketing belegt. Mit Experten habe sie einen Businessplan erstellt. Wegen Inkompetenz Schiffbruch zu erleiden, könne sie sich nicht erlauben.

An der Vetsuisse können wir uns das noch viel weniger erlauben! Ich möchte aber keinesfalls von Inkompetenz unserer Professorinnen und Professoren sprechen, viel eher von einem ausserordentlich anspruchsvollen Anforderungsprofil, das zu erfüllen ist. Sind einzelne Kompetenzen nur latent oder gar nicht vorhanden, ist es unerlässlich, möglichst rasch bei auftretenden Schwierigkeiten Fachhilfe, Fachunterstützung anzufordern, viel besser noch eine Zusatz- oder Weiterbildung anzustreben, die allfällige Schwachstellen auszumerzen vermag. Übermensch, die alle geforderten Fähigkeiten auf sich vereinigen, sind schwer zu finden. Fachleute mit administrativen Kompetenzen sind bei Bedarf den Klinik leitenden Professoren und Professorinnen zur Seite zu stellen, wie das auch die GPK empfiehlt. Positiv zu bewerten ist, dass bereits heute schon der Wille und die Bereitschaft zur

professionellen Führung des Betriebs vorhanden sind und dass erste Massnahmen dazu eingeleitet wurden.

Dass der Ruf unserer Vetsuisse Fakultät Zürich in der Vergangenheit Schaden erlitten hat, bedauert auch die FDP. Dass die Mitarbeitenden aller Stufen stets gewillt sind, wertvolle Arbeit zu leisten, lässt uns voll Zuversicht in die Zukunft blicken. Schlussendlich fordert die FDP von den obersten Verantwortlichen, das höchste und vornehmste Ziel mit allen Kräften anzustreben. Zürich muss weiterhin zu den besten und führenden Denk-, Ausbildungs- und Forschungsstandorten Europas gehören, ob das nun mit oder Linearbeschleuniger ist, das müssen andere Leute festlegen. Danke.

Lilith C. Hübscher (Grüne, Winterthur): Wir haben in der GPK-Subkommission untersucht, wie mit Personalkonflikten beziehungsweise Vorwürfen zu sexueller Belästigung in der Vetsuisse umgegangen wird. Ein Reglement gegen sexuelle Belästigung ist ja seit elf Jahren gesetzlich vorgeschrieben und sollte gerade in einer renommierten führenden Institution kein Kunststück, sondern eine Selbstverständlichkeit sein. Andere Universitäten oder die ETH verfügen seit langem über ein entsprechendes Reglement. Die Grünen beanstanden in höchstem Mass, dass Erlass und Inkraftsetzung sich so lange «hinausstüdelten». Denn ein solches Reglement hätte den Konflikten vorbeugen oder diese rasch klären können, und zwar zum Vorteil sowohl der anzeigenden als auch der angeschuldigten Seite.

Der zweite Untersuchungsgegenstand war die Beschaffung des Linearbeschleunigers. Im Vorfeld dieser Ratsdebatte erschien in den Medien die Frage, ob dieses Hightechgerät zur Standardausrüstung gehören solle. Diese Frage wurde vom amtierenden Dekan beim Spatenstich für die neue Tierklinik letzte Woche aufgeworfen mit einer ausserordentlich bemerkenswerten Koinzidenz zur heutigen Ratsdebatte, wie ich doch bemerken möchte. Aus der Ratsdebatte vom 21. März 2005 geht allerdings klar hervor, Beschaffung und Betrieb von Spezialgeräten im Rahmen der Hightechmedizin sind durch Dritte zu finanzieren, aus ethischen und aus finanziellen Gründen. Nur mit diesem Vorbehalt und weil die Klinik ihrem Auftrag in Lehre, Forschung und Dienstleistung auch ohne Beschaffung von Hightechapparaturen nachkommen könne, wie Regierungsrätin Regine Aeppli ausdrücklich betonte und ebenso ausdrücklich zu Protokoll gab, nur darum wurde der 28-Millionen-Kredit in diesem Saal überhaupt gesprochen. Das Ja

zum Neubau war verbindlich an eine transparente Drittmittelfinanzierung der Hightechgeräte gekoppelt.

Nun ergaben sich aber bei der Finanzierung eines neuen Linearbeschleunigers grosse Missverständnisse und Unklarheiten. Keinem der Beteiligten kann ein Persilschein ausgestellt werden. Und auf der Hauptverantwortlichenseite, auf der obersten Führungsetage schien die eine Hand gar nicht zu wissen, was die andere tat. Es wird die Aufgabe der Bildungsdirektion sein, dass wir auch im Jahresbericht der Universität Transparenz über kantonale Gelder und Drittmittel erhalten, wie es Regierungsrätin Regine Aepli seinerzeit zu Protokoll gab. Wir Grünen fordern daher dringlich Verbindlichkeit bei der Umsetzung, sei es im Bereich von Regeln oder Finanzen, insbesondere beim Controlling. Und analog zur Zürcher Kantonalbank braucht es nicht nur die nötigen Reglemente beziehungsweise die Umsetzung der Reglemente, sondern auch eine verbesserte Unternehmenskultur, wie im Bericht dargelegt, damit alle Hände auf ein gemeinsames Ziel hin das Seil in die gleiche Richtung ziehen.

Die GPK hat eine Analyse mit Empfehlungen abgefasst. Ein weiteres Monitoring liegt nicht mehr in den Händen der GPK, denn die Oberaufsicht liegt mit der neuen Kommissionsstruktur jetzt bei der parallelen GPK, der Kommission ABG (*Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit*). Die Grüne Fraktion und ihre Vertretungen in den zuständigen Kommissionen werden die weitere Entwicklung im Auge behalten, auf dass unsere Haustiere weiterhin eine gute Grundversorgung haben und der gute Ruf, die solide Forschung und Lehre gewährleistet sind. Wir laden Sie ein, dasselbe zu tun. Danke.

Brigitta Leiser-Burri (CVP, Regensdorf): Die GPK des Kantonsrates hat nach einer Aufsichtseingabe die Vetsuisse, so weit dies im Rahmen der Oberaufsicht auch zweckmässig und angebracht erschien, überprüft. Als Neumitglied im Kantonsrat wurde ich gleich in die Subkommission «Hochschulen» delegiert. Die neue Aufgabe war für mich sehr bereichernd trotz den vielen zusätzlichen Stunden Arbeit. Es wurde sehr hart und pflichtbewusst gearbeitet. Ohne intensive Unterstützung von der Kommissionssekretärin Madeleine Speerli wäre eine so zeitintensive Arbeit fast nicht erfüllbar. Ich danke ihr für den unermüdlichen Einsatz und die tatkräftige Unterstützung.

Bei unseren Einfragen war schon sehr früh erkennbar, welche Schwachstellen im täglichen Ablauf bei der Vetsuisse vorhanden sind.

Zwischenmenschliche Konflikte kann die Oberaufsicht jedoch nicht lösen. Deshalb sind die Bereiche Organisationen und Strukturen, Strategien, Kommunikation und Unternehmenskultur näher betrachtet worden. Der Bericht zeigt klar auf: Für die Führung der Fakultät braucht es dringend professionelle und dauerhafte Strukturen, in die vermehrt Managementgrundsätze einfließen. Ein Unternehmen wie die Vetsuisse Fakultät kann nicht im Nebenamt geführt werden. Der Dekan oder die Dekanin hat die Leitung der Fakultät und die Aufsicht über die Institute. Damit verbunden ist auch ein entsprechendes Weisungsrecht. Tatsächlich wird der Dekan lediglich als Primus inter pares betrachtet, das heisst als Erster unter Rangleichen. Das zeigt doch, wie schwierig die Aufgabe eines Dekans ist. Wer möchte sich denn mit dieser zusätzlichen Aufgabe hart durchsetzen bei Konflikten? Oder wer möchte hier ein hartes Machtwort sprechen bei zerstrittenen Situationen? Führungsaufgaben werden fast ausschliesslich von Professorinnen und Professoren wahrgenommen. Diese bringen in der Regel ein grosses veterinärmedizinisches Fachwissen mit, aber wenig fundiertes Wissen in der Personalführung. So ist die wissenschaftliche und fachliche Führung zwar sichergestellt, die personelle Führung jedoch zweitrangig. Die soziale Kompetenz scheint Mängel aufzuweisen. Das führt dazu, dass sich niemand unmittelbar für personelle Konflikte zuständig fühlt. Ein professionelles Konfliktmanagement fehlt. Mit einem geeigneten Management muss sichergestellt werden, dass Konflikte professionell unter Beizug von Fachpersonen angegangen und bereinigt werden.

Aus Sicht der CVP ist die Position des Dekans oder der Dekanin dauerhaft anzulegen und mit den für die Führung notwendigen Kompetenzen und Sanktionsmöglichkeiten auszustatten. Die Priorität liegt im Führungsauftrag. Schwerpunkte und Strategien sind zwar vorhanden, werden jedoch offensichtlich unterschiedlich interpretiert und kommuniziert. Dies führt zu einer Kultur des Misstrauens – so, wie passiert.

Im Herbst 2001 hat die Unileitung beschlossen, einen Lehrstuhl für bildgebende Verfahren und Radioonkologie einzurichten. Als es jedoch später darum ging, den in die Jahre gekommenen Linearbeschleuniger zu ersetzen, war dies plötzlich kein strategischer Schwerpunkt mehr. Die Führung muss ihre Verantwortung wahrnehmen und die gesetzten strategischen Schwerpunkte auch durchsetzen. Nur mit einem aktiven Controlling können die gesetzten Ziele laufend über-

prüft werden. Der Bericht zeigt diverse Anhaltspunkte auf, wo das Führungsvakuum eliminiert werden muss. Er zeigt auch, dass man sich verbessern kann. Jetzt besteht die Chance, gemachte Fehler nicht zu wiederholen. Wir hoffen und wünschen, dass die erkannten Fehler eliminiert werden und die Zukunft in einem besseren und klareren Licht zu stehen kommt.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Für die EVP hat bereits Lisette Müller gesprochen. Ab jetzt beträgt die Redezeit fünf Minuten.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Ähnlich wie Lilith Hübscher lege ich den Finger auf einen wunden Punkt, den die GPK nicht anzuschauen hatte, nämlich auf den Neubau einer Kleintierklinik. Er hat einen engen Zusammenhang mit der Situation an der Fakultät. Der Spatenstich erfolgte bezeichnenderweise kurz vor der Pressekonferenz. Ich weiss nicht, ob an der Pressekonferenz die wohl unbequemste Frage gestellt wurde, nämlich ob der Neubau einer Kleintierklinik überhaupt noch nötig sei. In den Berichterstattungen fand ich nichts Entsprechendes. Aus zuverlässiger Quelle aus der Vetsuisse habe ich erfahren, dass ein Neubau der Kleintierklinik schlicht nicht mehr nötig sei. Die Finanzierung der teuren Apparaturen und anderer Ausstattung sei nicht gesichert. Wahrscheinlich sei die erwähnte Stiftung gar nicht aktiv, möglicherweise verfüge sie über zu wenig Mittel oder dann würden deren Mittel umgeleitet auf die letztthin vorgestellte private Kleintierklinik.

Zu den Führungsaufgaben einer Regierung würde gehören, bewilligte Kredite des Kantonsrates nicht auf Teufel komm raus immer auszulösen, schon gar nicht, wenn die Ausstattung nicht eingerichtet werden kann. Anlässlich der Ratsdebatte über den Neubau einer Kleintierklinik führte Regierungsrätin Regine Aepli aus – vielen Dank, Brigitta Leiser, sie hat mir eben noch das Protokoll zugeschoben –, ich zitiere: «Die Stiftung hat es bewusst unterlassen, Geld zu sammeln, bis Sie, dieser Kantonsrat, darüber beschliesst, ob er dem Antrag seiner Kommission und des Regierungsrates Folge leisten will. Ich persönlich bin überzeugt, dass diese Stiftung die nötigen Gelder sammeln wird, sammeln kann. Auch dazu kann man ein Fragezeichen setzen. Wenn Futterhersteller ein Interesse an einer solchen Stiftung haben, sind das auch Geschäftsinteressen – und nicht nur aus der Tierliebe geboren.» Und dann weiter: «Ich verstehe aber auch Ihr Bedürfnis nach Transpa-

renz in diesem Bereich.» Und genau weil ich diese Transparenz einfordere, stelle ich drei Fragen.

Erstens: Ist die Kleintierklinik überhaupt noch nötig, nachdem privat eine solche Klinik gebaut wird?

Zweitens: Sind die Gelder dieser Stiftung für die notwendigen Hightech-Apparaturen gesichert?

Und drittens – das ist eine ethische Frage, die ich hier zum zweiten Mal an alle stelle; Regierungsrätin Regine Aeppli hat dazu übrigens einst sehr gute Antworten gegeben, sie hat auch Skrupel zum Ausdruck gebracht –, die Frage lautet: Sind zwei Kleintierkliniken der Spitzenveterinärmedizin überhaupt sinnvoll auf engstem Raum? Die Notwendigkeit auch bloss einer Klinik haben damals Christoph Schürch, Esther Guyer und ich selber in Frage gestellt. Die Nachfrage nach solchen Behandlungen besteht gewiss. Es besteht die Nachfrage, krebserkrankte Katzen mit Hightech und viel Geld zu behandeln. Aber führen wir uns doch vor Augen: Der weitaus grösste Teil der Menschheit kann in der Humanmedizin von solcher Spitzenmedizin, wie wir sie für Kleintiere einrichten wollen, nur träumen, ja selbst von einer ausreichenden Grundversorgung! Und da muss man sagen, global gesehen haben wir es doch mit einer krassen Zweiklassenmedizin zu tun. Privilegierte Katzen und Hunde reicher Leute in reichen Ländern auf der einen Seite, diskriminierte, unterversorgte, arme Menschen in armen Ländern auf der andern Seite! Dies ist eine ethische Frage, ich stelle sie. Wir stimmen darüber nicht ab, aber es fragt sich überhaupt: Müssen wir alles in jedem Bereich immer mehr auf die Spitze treiben, mit immer mehr Geld? Oder müssten wir vielleicht nicht auch wieder aus einer gewissen Solidarität und Verantwortung auf ein gesundes Mass herunterkommen?

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Grundsätze der Kommunikation, falls etwas von öffentlichem Interesse schief läuft, sind für die Verantwortlichen die folgenden: Proaktiv informieren, den Gerüchten zuvorkommen, wahr informieren, Fehler zugeben und bedauern und Massnahmen ankündigen. Nichts dergleichen geschah rund um die Vorgänge an der Veterinärmedizinischen Fakultät, obwohl die Bilanz dieser Vorgänge erschreckend ist. Zwei Professorinnen haben – und wurden zuvor auch – gekündigt. Ein Professor ist krank geschrieben, vermutlich aus Mobbinggründen. Die Planung der Kleintierklinik musste unterbrochen werden und der Spatenstich fand nun letzte Wo-

che statt, obwohl Lehrstühle und Abteilungsleitungen unbesetzt sind. Zum Teil wurden sie, beispielsweise die Abteilung Kleintierfortpflanzung, auch unbesetzt, umgruppiert zu den Nutztieren. Und obwohl noch nicht Klarheit über die Finanzierung der Inneneinrichtung besteht und eine entsprechende interne Stiftung massiv unterdotiert ist. Professorinnen haben zum Teil Gehälter von Mitarbeitern aus dem eigenen Sack bezahlt. Mitarbeiterinnen waren sexuellen Belästigungen ausgesetzt und darüber gingen Akten verloren. Und schliesslich verlor die Universität Zürich den Linearbeschleuniger und mit ihm ein weltweit führendes Kompetenzteam. Heute, ein Jahr später, verlangen die gleichen Leute, die den Beschleuniger weggemobbt haben, einen neuen. Dass in der Veterinärmedizinischen Fakultät nach dem Weggang der entsprechenden Professorin fast umgehend über die Beschaffung eines neuen Linearbeschleunigers befunden wurde, zeigt, dass nicht ethische und finanzielle Bedenken zur Bestrahlung von Tieren vorlagen, sondern es wurde simple Personalpolitik betrieben. Da die Nichtbeantwortung beziehungsweise späte Ablehnung der Ersatzgesuche für den Linearbeschleuniger aus der Fakultät der Unileitung empfohlen wurde, wurde Mobbing unter Professoren offiziell von oben geheiligt, auch vom Hochschulamt. Der Ausfall des Linearbeschleunigers führte übrigens dazu, dass in zwei akuten Fällen Tiere in der Humanmedizin bestrahlt wurden. Zudem gab es weitere Vorkommnisse wie: dass die Unileitung zweimal über eine Empfehlung für die Berufung in der Veterinäranatomie abstimmen liess und anschliessend trotzdem die zweimalige Verliererin nominierte, die darauf vernünftigerweise nicht mehr zur Verfügung stand, dass ein während drei Jahren voll beschäftigter Arzt seine eigene private Tierklinik in Deutschland nebenbei führte und dabei seine Arbeitsvereinbarung nicht einhielt, bis ein Kantonsratskollege von mir hinter den Kulissen nachfragte und in der Folge die Arbeitsvereinbarung korrigiert wurde, dass Kritiker Angst hatten, sich zu äussern. Insgesamt ein Riesenschlammassel!

Zaghafte und beschönigend kommunizierte die Direktion von Regierungsrätin Regine Aepli immer erst, nachdem im Kantonsrat Anfragen eingereicht wurden. Heute ist die Frage des Linearbeschleunigers noch nicht geklärt, treibende Kräfte im ganzen Mobbing sind unbehelligt im Amt, Konkurrenzen um Platz und Finanzen in der neuen Kleintierklinik sind aus dem Weg geschafft, Berufungen sind noch offen. Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission hat einige dieser Fälle aufgearbeitet und macht Empfehlungen. Ich attestiere der GPK von

aussen, dass sie gut hingeschaut hat. Die Empfehlungen sind auch für Insider deutlich. Insbesondere deshalb ist dies bemerkenswert, da die Augen und Ohren der GPK ja immer nur sehen und hören, was die Untersuchten sagen wollen. Es ist tiptop, dass wir heute über die Vetsuisse debattieren. Sie ist von öffentlichem Interesse.

Die Empfehlungen der GPK haben aber zwei grosse Nachteile: Erstens hat die GPK trotz Augen und Ohren keine Zähne und zweitens kommen die Empfehlungen zum Teil zu spät. Die Leitung der Universität hat lobenswerterweise Änderungen in der Führungskultur bereits voriges Jahr bekannt gegeben. Rektor Hans Weder hat Massnahmen eingeleitet, und zwar so, dass die in der Verantwortung stehende Leitung der Universität die Verantwortung künftig auch wahrnehmen kann. Jemand anders handelt aber nach wie vor nicht: Die Präsidentin des Universitätsrates war über die Vorkommnisse in der Vetsuisse Fakultät informiert. Das Hochschulamt hat nicht nur im Zusammenhang mit dem Linearbeschleuniger direkt Briefe und Telefonate aus der Fakultät erhalten, nicht nur Geschöntes aus der Führungslinie. Ich stelle deshalb fest: Die Bildungsdirektorin hat keinen Einfluss genommen. Regine Aepli hat die Zügel schlittern lassen und dem Rektor signalisiert, es sei alles gut, hat ihm vertraut statt Vorgänge untersucht. Dasselbe tat der Rektor gegenüber der Fakultät. Die Professorin, die auf Probleme aufmerksam machte, wurde bald selbst als Problemfall genommen, statt dass die echten Probleme gelöst wurden – auch vom Hochschulamt. Kantonsräte und die Medien, die auf die Krise aufmerksam machten, wurden von der Direktion mit Floskeln abserviert. Medienberichte wurden und werden als Ruf schädigend kritisiert statt die eigenen Versäumnisse im Problemlösen. Die Bilanz dieses Tuns habe ich Ihnen anfänglich aufgezeigt. Was in der Vetsuisse vorgekommen ist ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Ich muss da schon zwei Sachen richtig stellen. Das eine ist: Ich habe nie beantragt, es sei keine Kleintierklinik zu bauen. Es gibt auch andere Krankheiten als Krebs bei Tieren. Wir haben aber sehr wohl die Frage gestellt – und ich stelle sie immer noch und auch jetzt: Ist es richtig, dass Kleintiere eine Behandlung auf dem Level der Humanmedizin brauchen? Ist es richtig, dass sie Chemotherapie brauchen, dass bei kleinen Tieren eine Dialyse nötig ist? Diese Frage stellen wir immer noch und die wurde nicht beantwortet. Was aber völlig falsch ist: Wenn es jetzt heisst, die Uni habe falsch

gehandelt, weil sie diesen Linearbeschleuniger nicht gekauft hat. Eben nicht! Wir müssen schon festhalten, dass die Uni in der Weisung der Vetsuisse-Klinik, das war die Vorlage 4225, klar deklariert, dass sie die Onkologie und die Endokrinologie ausbauen will und die Anschaffung eines Kernspintomographen von zentraler Bedeutung ist; das steht wortwörtlich in der Weisung. Wir, die Kantonsrätinnen und Kantonsräte der zuständigen Vetsuisse-Kommission – und da waren alle Parteien beteiligt – haben gesagt: Diese teuren Apparate müssen über eine Stiftung beschafft werden oder über Drittmittel; anders geht das nicht. Das haben wir festgehalten, da waren wir alle daran beteiligt. Und was hat die Uni gemacht? Sie hat sich daran gehalten. Der Rektor hat gesagt «Nein, das kommt nicht aus dem ordentlichen Investitionsbudget der Uni, das muss über Drittmittel beschafft werden» und jetzt schreien alle Zetermordio, er wäre ich weiss nicht was. Jedenfalls so war es nicht! Wir waren da selber zuständig. Eine Frage, die man sich stellen muss, ist: Wieso hat die Professorin, die wegging, diesen Apparat nicht in Zürich über Drittmittel beschafft? Wieso geht es jetzt in Zug, und hier macht sie es nicht? Da stellen sich doch einige Fragen, die wir auch anschauen müssen.

Zum Bericht kann ich nicht viel sagen. Ich weiss nicht, was Regierungsrätin Regine Aepli Rektor Hans Weder gesagt hat. Ich bin da keine Insiderin wie unser Matthias Hauser. Nur eines fehlt mir: Offenbar hat niemand gar nichts gemacht. Und da hätte ich doch gerne mehr gewusst. Hat der Unirat interveniert? Hat die Bildungsdirektorin interveniert? Davon steht nichts im Bericht. Ich habe keine Ahnung. Und wenn gar nichts passiert ist, dann ist es tatsächlich schlimm, dann müssten wir Neuwahlen machen. Ich gehe aber davon aus, dass einiges passiert ist. Ich danke Ihnen.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Ich beende noch rasch, was Esther Guyer vorhin zu den Drittmitteln gesagt hat. Das war auch in Zürich, so viel ich informiert war, der Fall, dass der Linearbeschleuniger – zumindest zu grossen Teilen – aus Drittmitteln hätte finanziert werden können, aber es wurde nicht bewilligt.

Also, welche Berichte wurden und werden als Ruf schädigend kritisiert statt die eigenen Versäumnisse im Problemlösen? Die Bilanz habe ich Ihnen zuvor aufgezählt. Was in der Vetsuisse vorgekommen ist, der Schaden am Ruf, die aufgezählte Bilanz, die unterlassene Kom-

munikation, dafür ist letztlich die Bildungsdirektion verantwortlich, für die unterlassene Kommunikation sogar ausschliesslich die Bildungsdirektion. Es war Regierungsrätin Regine Aepli offenbar egal. Die Fälle in der Vetsuisse – übrigens auch Mobbing unter Schulleitern in der Volksschule oder zwischen Lehrern und Schulleitern – zeigen, dass wohl dem Kanton sehr viel mehr Nutzen erwachsen würde, wenn jemand mit einem Gespür fürs «Menschelchen» die Bildungsdirektion führen würde. Regine Aepli sollte bei der Konstituierung des Regierungsrates einen Humanisten ans Ruder lassen, der am Zwischenmenschlichen in der Verwaltung, also insbesondere an zahlreichen Mobbingproblemen, gewachsen ist, den ehemaligen Ombudsmann Markus Kägi.

Regierungsrätin Regine Aepli: Ich möchte zuerst der GPK für ihren ausführlichen Bericht über ihre Abklärungen zur Vetsuisse Fakultät danken. Er gibt ein anschauliches Bild dessen ab, was im Rahmen der Verselbstständigung und des Kulturwandels an der Uni an Fragen und Konfliktpotenzialen alles anfallen kann. Es ist deshalb sicher richtig, dass sich die GPK zusätzlich zu den Fragen, die mit der Aufsichtseingabe aufgeworfen wurden – ich zähle sie noch einmal auf: die Gerätebeschaffung, die Personalkonflikte und die sexuelle Belästigung –, auch mit den Strukturen, den Geschäftsabläufen und den Kompetenzen befasst hat. Ich kann an dieser Stelle festhalten, dass die Bildungsdirektion den Empfehlungen der GPK nach Verbindlichkeit von Strategien und Reglementen sowie der Transparenz von Verfahren und Abläufen zustimmt und auch die Verstärkung der Kommunikation befürwortet. Zum Teil decken sich die Empfehlungen mit den vom Universitätsrat und der Universitätsleitung schon vor Aufnahme der Untersuchungen der GPK getroffenen Massnahmen. Anderen ist zwischenzeitlich entsprochen worden, was unter anderem auch das Verdienst der neu besetzten Fakultätsleitung und des Vetsuisse-Dekans ist. Für die Forderung nach einer Verstärkung der Fakultätsleitung einerseits und der Etablierung von Fakultätsmanagern haben wir offene Ohren. Mit der Reorganisation der Unileitung – es ist auch schon darauf verwiesen worden – ist die Zusammenarbeit mit den Fakultätsvorsteherinnen und -vorsteher bereits intensiviert und damit auch die Führung derselben gestärkt worden. Der Prozess ist damit aber noch nicht abgeschlossen. Der Universitätsrat wird die Frage der Fakultätsführung erneut aufnehmen.

Dass es ein Controlling bezüglich der Umsetzung der strategischen Beschlüsse und ihrer Finanzierbarkeit braucht, ist klar. Dieses muss seitens des zuständigen Prorektorates gewährleistet werden und in die bereits seit 1998 bestehende Mehrjahresplanung im Entwicklungs- und Finanzplan Eingang finden. Auch über die Drittmittel und ihre Verfügung ist Transparenz vorgeschrieben und soll, wo nötig, verstärkt werden. Dass die GPK die Schnittstelle zwischen Lehre und Forschung an der Uni einerseits und Dienstleistung am Tierspital als besonders konfliktanfällig einschätzt und hier einen erhöhten Managementbedarf ortet, kann kein Zufall sein. Auch diesbezüglich besteht Übereinstimmung in der Einschätzung.

Ich bestreite auch nicht, dass Fehler vorgekommen sind und dass Mängel hinsichtlich Strukturen und Verbindlichkeit vorlagen. Und ich kann nicht in Abrede stellen, dass die Kommunikation auch seitens der Unileitung im Zusammenhang mit dem Linearbeschleuniger zum Teil an Eindeutigkeit, Klarheit und Nachvollziehbarkeit zu wünschen übrig liess. Dass die Bestellung letzten Endes ohne Absprache durch einen Professor einer anderen Klinik des Tierspitals erfolgte und von der Universitätsleitung umgehend annulliert werden musste, wirft auch nicht das beste Licht auf die Bereitschaft zur Einhaltung von Verfahren und Kompetenzen innerhalb des Betriebs.

Zur konkreten Verantwortung für die Vorgänge und die Fehler äussert sich der Bericht nicht. Er beschränkt sich diesbezüglich auf die zwar richtige, aber etwas lapidar daherkommende Feststellung auf Seite 19, dass es – es wurde bereits zitiert – «im Wesen der obersten Führungsverantwortung liegt, für Fehler und Mängel unterer Ebenen einzustehen». Ich widerspreche dieser Feststellung in keiner Weise. Aber ich nehme für mich in Anspruch, dass ich diese Verantwortung zusammen mit dem Universitätsrat und der Unileitung wahrgenommen habe, und dies ist auch in den Unterlagen der GPK dokumentiert.

Die Bildungsdirektion erhielt ab November 2004 sporadisch Informationen über Unstimmigkeiten an der Vetsuisse Fakultät, die sich als grösseres Personalproblem entpuppten. Nicht zuletzt im Wissen darum, dass dessen Austragung in der Öffentlichkeit dem Ruf der Uni erheblichen Schaden zufügen würde, beauftragte die Universitätsleitung in Absprache mit mir schon anfangs Dezember 2004 Professor Viktor Meyer von der Medizinischen Fakultät, den heutigen Vetsuisse-Dekan notabene, zusammen mit einem Rechtsanwalt eine Lagebeurteilung am Departement Kleintiere vorzunehmen und Lösungsmög-

lichkeiten aufzuzeigen. Der schriftliche Bericht – auch er liegt bei den Akten – hielt im Ergebnis fest, dass die personellen Probleme nicht allein durch strukturelle Veränderungen zu beheben seien, dass solche aber dennoch vorgenommen werden sollten. Ausserdem wurde vorgeschlagen, Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen der Departementsmitglieder in einem Reglement festzuschreiben.

In der Folge verfügte der Rektor im November 2005, nach Rücksprache mit den Betroffenen, eine befristete Neuordnung des Departements und verlangte die Erarbeitung eines Fakultätsreglements. Dieses liegt inzwischen vor. Dass die Massnahmen trotzdem erfolglos blieben, lag neben – und das muss man auch sagen – aussergewöhnlich heftigen persönlichen Unverträglichkeiten vornehmlich an Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit dem Linearbeschleuniger. Hiezu ist vorab festzustellen, dass die für eine Ersatzbeschaffung nötigen Mittel weder im Moment der unbefugten Ersatzbestellung durch einen einzelnen Professor im November 2005 noch zur Zeit des endgültigen Ausfalls des Gerätes im Juli 2006 vorhanden waren, und ich meine damit Mittel im Sinne von Drittmitteln. Die GPK verweist in diesem Zusammenhang auf die Pflicht der für die Gewährleistung der Infrastruktur zuständigen Organe, in diesem Fall die Universitätsleitung und der Universitätsrat, und stellt Mängel in der Umsetzung von strategischen Vorgaben fest. Da diese Sache etwas kompliziert ist, muss ich dazu etwas ausholen.

Sie erinnern sich – es wurde verschiedentlich bereits darauf Bezug genommen – an die Debatte über den Kredit für den Bau der Kleintierklinik. Der Regierungsrat zog die erste Vorlage zurück, weil der Kantonsrat den Kredit als zu hoch beurteilte. In der Diskussion waren insbesondere die teuren Geräte umstritten, die nicht ausschliesslich der Lehre und Forschung dienten, sondern vor allem der Behandlung kranker Tiere. Unter anderem ging es dabei eben um einen Linearbeschleuniger für die Behandlung krebskranker Kleintiere. Es wurde in der Debatte übereinstimmend geltend gemacht, dass keine öffentlichen Gelder in die Behandlung von Kleintieren mit Therapiemethoden der hoch spezialisierten Medizin verwendet werden sollten. In der Folge wurde der Kredit um 8 Millionen Franken gekürzt und an das Departement Kleintiere die Erwartung gerichtet, die Finanzierung solcher Gerätschaften künftig über Drittmittel zu bewerkstelligen. Willy Germain hat bereits auf die Stiftung hingewiesen, die zu diesem Zweck Gelder sammeln sollte. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass das mög-

lich sein sollte, dass aber die Turbulenzen an der Kleintierklinik die Tätigkeit der Stiftung tatsächlich erschweren und dass deshalb das Geld noch nicht in erwartetem Ausmass vorhanden ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch kurz auf die drei Fragen von Willy Germann eine Antwort geben.

Ist die Kleintierklinik noch nötig? Ja, wer die heutige Kleintierklinik gesehen hat, wird unschwer feststellen und feststellen können, dass es eine neue Kleintierklinik braucht. Und wie Esther Guyer schon gesagt hat, werden dort nicht nur krebskranke Tiere bestrahlt, sondern es werden alle Arten von Tierbehandlungen vorgenommen und es besteht ein grosser Bedarf danach.

Die Frage nach der Sicherung der Gelder für Hightechgeräte und die Frage, ob die Klinik solche Hightechgeräte noch braucht, werde ich im Zusammenhang mit dem weiteren Vorgehen beantworten.

Da Dienstleistungen an einem Universitätsspital – und ein solches ist auch die Kleintierklinik – immer auch Forschung und Lehre zu dienen haben, ist eine Unterscheidung zwischen den beiden Anwendungsarten nicht ganz einfach. Es gilt deshalb in jedem Fall abzuklären, in welchem Verhältnis die beiden Bereiche auch quantitativ zueinander stehen. An der Medizinischen Fakultät hat man hierzu Erfahrungswerte, da geht man davon aus, dass rund 20 Prozent aus öffentlichen Mitteln stammen dürfen, wenn ein solches Gerät auch der Forschung dient und sich ansonsten aus der Dienstleistung finanziert. Ein Linearbeschleuniger kostet zwischen 1,5 und 1,8 Millionen Franken. Seine Beschaffung liegt in der Kompetenz des Universitätsrates und dieser entscheidet auf Antrag der Universitätsleitung. Die Universitätsleitung verlangt dafür einen Businessplan, der aufzeigt, dass die Voraussetzungen sowohl in wissenschaftlicher als auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht erfüllt sind. Ein solcher Businessplan wurde von der Antragsstellerin nicht vorgelegt. Sie war der Meinung, die Drittmittel, über die sie vermeintlich verfügte, reichten als Begründung für die Bewilligung aus. Tatsache war aber, dass die Mittel, die sie meinte, nicht nur Drittmittel gemäss den universitären Vorschriften waren, und zweitens war sie sich nicht im Klaren, dass auch über Drittmittel gemäss der üblichen Kompetenzausscheidung bestimmt wird. Mit dieser Unsicherheit war sie – und das zeigt auch der Bericht der GPK – nicht allein. Ich glaube übrigens auch, dass diese Kompetenzausscheidung richtig ist. Aber bei so grossen Aufgaben sind es eben auch Fragen von Strategie. Diese Kompetenzordnung, wie wir sie auch in der

kantonalen Verwaltung kennen – die Direktion kann bis zu einer Million Ausgaben tätigen und der Regierungsrat bis zu drei Millionen –, diese gleiche Kompetenzausscheidung hat sich da bewährt.

Die Fakultät – das haben wir inzwischen auch lesen und hören können – setzt nach wie vor auf die Anschaffung eines Linearbeschleunigers. Im Entwicklungs- und Finanzplan ist die Radioonkologie tatsächlich als Schwerpunkt definiert und es ist als Ziel vorgesehen, den Lehrstuhl von Barbara Kaser neu zu besetzen. Die Krebsforschung spielt sowohl an der Medizinischen wie auch an der Veterinärmedizinischen Fakultät eine grosse Rolle. Insgesamt sind acht Lehrstühle der Vetsuisse Fakultät mit Krebsforschung befasst. Die Radioonkologie deckt davon einen vergleichsweise kleinen Teil ab, zurzeit ist es ein halber Lehrstuhl, der daran arbeitet. Denn die Krebsforschung befasst sich ja nicht nur mit Bestrahlung, sondern auch mit Fragen der Prävention und anderen Therapiemethoden.

Eine wichtige Rolle für den Entscheid über die Anschaffung eines neuen Linearbeschleunigers wird die Beantwortung der Frage nach dem künftigen Forschungspotenzial von Linearbeschleunigern zur Behandlung von Tieren mit Wirkung für die Humanmedizin spielen. Die Frage ist also: Können an Tieren experimentelle Behandlungen durchgeführt werden, die an Menschen unzulässig wären, aber über Innovationspotenzial für die Humanmedizin verfügen? Diesbezüglich sind die Einschätzungen unterschiedlich. Unter der Bedingung, dass ein den Vorgaben entsprechender Businessplan vorgelegt wird und auch die übrigen Fragen positiv beantwortet werden, wird es in der Kompetenz des Universitätsrates liegen, den Entscheid zu fällen. Die Mittel hierzu würden auch vorliegen. Es ging lediglich darum, dass eben nicht ausreichend Drittmittel vorhanden waren. Aber wenn alle Fragen positiv beantwortet werden können und ein Teil auch der öffentlichen Mittel in die Anschaffung fliessen kann, weil es sich vom Forschungsinteresse her gebietet, dann ist es möglich. Aber – und das macht die Sache auch noch einmal etwas komplizierter – der Entscheid muss mit der Vetsuisse abgesprochen werden, denn letztlich ist der Vetsuisse-Rat für die Strategie der veterinärmedizinischen Fragen zuständig. Er ist das kompetente Organ für strategische Fragen der Veterinärmedizin und übrigens auch für die Berufungen.

Den dritten Punkt der Aufsichtseingabe, die Problematik der sexuellen Belästigung, hat die GPK sehr summarisch behandelt, indem sie sich darauf praktisch auf die Bemerkung beschränkte, dass es fast vier Jah-

re gegangen sei, bis die Universität ein entsprechendes Reglement erlassen habe. Das stimmt. Ich erinnere mich gut, ich habe im ersten Jahr meiner Amtszeit den Auftrag dazu gegeben und ich stelle nicht in Abrede, dass das eine recht lange Zeit ist. Aber gut Ding will Weile haben. Es hat sich gelohnt. Was herausgekommen ist, hat Vorbildcharakter. Das Anliegen der Verfasserin der Aufsichtsanzeige war aber auch eines in eigener Sache. Sie hatte nämlich einen Arbeitskollegen beschuldigt, sie sexuell belästigt zu haben. Dass die Unileitung in Absprache mit mir diese Vorwürfe unverzüglich – unverzüglich! – durch eine externe Rechtsanwältin untersuchen liess, erwähnt der GPK-Bericht mit keinem Wort. Der Grund mag darin liegen, dass die Untersuchung ergab, dass der Vorwurf unberechtigt war.

Inzwischen – und das ist mir sehr wichtig, zu sagen – hat sich die Situation an der Vetsuisse Fakultät in vielerlei Hinsicht verändert und verbessert. Das Konkordat über die Vetsuisse der Universitäten Bern und Zürich ist in Kraft getreten. Die Unsicherheit über die Zukunft der Zürcher Fakultät hat damit ein Ende. Das Fakultätsreglement, das inzwischen erarbeitet wurde, ist auf das Konkordat abgestimmt und bringt mehr Klarheit, was Zuständigkeiten und Verantwortung betrifft. Auch die Besetzungen der Positionen Vetsuisse-Dekan und die Neubesetzung des Standortdekanats haben einen Neuanfang ermöglicht. Und zu erwähnen ist auch, dass die interne Kommunikation massiv verstärkt wurde, nicht zuletzt natürlich, um die Zusammengehörigkeit der beiden Standorte zu fördern, aber auch um mehr Transparenz und Klarheit zu schaffen. Ich bin sehr froh darum.

Die Empfehlungen der GPK bleiben trotzdem aktuell. Dass sich Instituts- und Klinikvorsteherinnen und -vorsteher nicht nur mit akademischen und wissenschaftlichen Belangen, sondern auch mit betriebswirtschaftlichen Belangen befassen müssen, darin eingeschlossen personelle Fragen, und dass zu deren Bewältigung auch Expertinnen und Experten aus dem nicht akademischen Leben einen sachdienlichen Beitrag leisten können, das hat sich in den Köpfen der Universitätsangehörigen noch nicht bei allen in ausreichendem Ausmass festgesetzt.

Ich komme damit zum Schluss. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Politik, in diesem Zusammenhang den Kulturwandel an der Universität und ihre Anstrengungen, sich in der internationalen Konkurrenz zu behaupten und sich im vorderen Bereich zu positionieren, kritisch aber unterstützend zu begleiten. Der Bericht der GPK erfüllt diese Voraussetzungen. Ich bedanke mich dafür.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Was der GPK-Bericht und die Bildungsdirektion offen legen, ist nur die Spitze des Eisberges. Wir alle wissen, dass der grössere Teil eines Eisberges sich unter Wasser befindet. Fazit: Missstände bestanden auch im Jahr 2006, und damit komme ich zu einer kurzen Vorschau auf die Rechnung 2006.

Wir haben da ein Globalbudget mit der Nummer 9600 und im Aufwand davon Bildung von Rücklagen: 8 Millionen Franken. Wir haben Indikatoren, die uns eigentlich die Entwicklung aufzeigen sollten, die lesbar sein sollten und auch aussagekräftig. Und wenn ich höre, was die GPK heute berichtet, dann sind Leistung und Effizienz nicht sehr aussagekräftig. Der Auftrag an die Rahmenordnung ist auch klar umschrieben: die wissenschaftliche Forschung, Lehre und weitere Leistungen auf hohem Qualitätsniveau.

Ich komme zum Aufwand. Die Erhöhung des Betriebsaufwands von total 15 Millionen Franken ist bedingt durch Rücklagen von 8 Millionen Franken, Mehraufwendungen im medizinischen Bereich, höhere Aufwendungen für die Medien – Sie hören es, höhere Aufwendungen für die Medien! –, höhere Dienstleistungen Dritter, höhere Materialkosten sowie höhere Kosten im Unterhalt von Geräten. Ich frage mich, ob nicht angeschaffte Geräte schon zu höherem Unterhalt beitragen. Natürlich sollte die Bildung von Rücklagen auf endogenen Faktoren basieren wie zum Beispiel geringeren Personalkosten. Wir haben es im GPK-Bericht gehört: Infolge verzögerter oder Nichtbesetzung von Professuren – bei den Gehältern von Professuren entsprechend weniger wissenschaftliches Personal und administrativ technisches Personal, geringere Sozialleistungen und geringere Lohnkosten – werden Rücklagen gebildet. Wenn Sie den GPK-Bericht zur Kenntnis genommen haben, dürfen Sie bei der Rechnung 2006 keine Rücklagen in diesem Konto 9600 bewilligen.

Die Fragen wurden beantwortet. Sie lassen weitere Fragen zu. Und ich glaube, die Situation hat sich noch nicht geklärt. Politische Konsequenz beginnt nicht bei der GPK und endet auch nicht bei einem entsprechenden Bericht. Die Universität wird bestehende Missstände nur beheben, wenn in den Beratungen zur Rechnung 2006 die entsprechenden Rücklagen von 8 Millionen Franken gestrichen, also nicht bewilligt werden.

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Das Wort wird weiter nicht mehr gewünscht. Ich stelle somit fest, dass der Kantonsrat mit dieser Diskussion vom Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Abklärungen zur Vetsuisse Fakultät der Universität Zürich Kenntnis genommen hat.

Das Geschäft ist erledigt.

Persönliche Erklärung von Roland Munz, Zürich; zur Berichterstattung einer Gratiszeitung über den Eurovision Song Contest

Roland Munz (SP, Zürich): Man darf ob dem Resultat der Schweiz am Eurovision Song Contest enttäuscht, allenfalls gar im Nationalstolz verletzt sein. (*Unruhe im Saal.*) Was man aber nicht darf, ist, aus dieser Enttäuschung heraus zu beleidigenden, herabwürdigenden Äusserungen gegenüber Minderheiten abzurutschen. Werden die stimmgewaltige Siegerin, die überzeugende Zweitplatzierte und die ausgezeichneten Drittplatzierten als Freaks bezeichnet, weil sie homosexuell, eine Travestiekunstfigur oder einfach nur jung und weiblich sind, so ist das nicht hinnehmbar. Insbesondere, wenn solche Titulierungen auf der Titelseite einer Tageszeitung zu finden sind. Damit werden Menschen auf Grund ihrer Lebensweise, auf Grund ihres Geschlechts herabgewürdigt. Dies ist gesellschaftspolitisch bedenklich und steht in einem Spannungsfeld zum Verbot der Diskriminierung auf Grund von Lebensform oder Geschlecht.

In den vergangenen zwei Jahren sind vermehrt Übergriffe auf homosexuelle und transidente Menschen festgestellt worden, insbesondere durch Jugendliche. Ohne eine Schuldzuweisung vornehmen zu wollen, muss doch festgestellt werden, dass solche Presseberichte wie jener von heute Morgen gerade in bei Jungen beliebten Gratiszeitungen dieser Tendenz zumindest Vorschub leisten. Gerade Medienschaffende haben eine gesteigerte Verantwortung für den sorgsamen Umgang mit der Sprache. Ich appelliere hiermit an diese. Schliesslich bin auch ich persönlich angegriffen, wenn – wie heute geschehen auf der Titelseite dieser Seite – Homosexuelle in der Presse als Freaks betitelt werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen für die inner- wie ausserparlamentarische Zukunft alles Gute.

Feier zum Ende der Legislatur 2003 bis 2007

Verabschiedung der scheidenden Ratsmitglieder

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Wir kommen nun an das verlängerte Ende der heutigen Sitzung. Es ist die letzte der laufenden Legislatur.

Unsere Amtszeit endet aber erst am kommenden Sonntag, 20. Mai 2007. Das ist denn auch der Grund, weshalb ich als Kantonsratspräsident keine politische Wertung dieser Legislatur vornehme. Denn der oder die Vorsitzende eines Parlaments hat sich bekanntlich der politischen Zurückhaltung zu befleißigen. Nur wenig Zurückhaltung auferlege ich mir aber, wenn ich jene 22 Kolleginnen und Kollegen aus dem Kantonsrat verabschiede, die auf Ende der Legislatur aus dem Parlament austreten müssen, weil sie nicht mehr gewählt worden sind.

Vorerst aber erwähne ich jene 20 Kolleginnen und Kollegen, die den Rat per Ende Legislatur aus freien Stücken verlassen. Wären sie im Laufe des Amtsjahres gegangen, hätte ein jedes von ihnen von mir eine kleine Würdigung erhalten. Jetzt müssen sie sich mit einer kurzen profanen Verlesung ihres Namens begnügen. So will es die Usanz. Wer zu spät geht, den straft halt das parlamentarische Leben.

Es treten freiwillig aus dem Parlament aus:

Christian Achermann, SVP, Winterthur, nach zehn Jahren.

Rita Bernoulli, FDP, Dübendorf, nach acht Jahren.

André Bürgi, SP, Bülach, nach vier Jahren.

Vinzenz Bütler, CVP, Wädenswil, nach acht Jahren.

Hans Peter Frei, SVP, vormaliger Ratspräsident, nach zwölf Jahren.

Käthi Furrer, SP, Dachsen, nach acht Jahren.

Jacqueline Gübeli, SP, Horgen, nach 7,5 Jahren.

Hansruedi Hartmann, FDP, Gossau, nach 15 Jahren.

Richard Hirt, CVP, Fällanden, ehemaliger Ratspräsident, nach 18 Jahren.

Werner Honegger, SVP, Bubikon, nach zwölf Jahren.

Werner Hürlimann, SVP, Uster, nach acht Jahren.

Johann Jucker, SVP, Neerach, nach 16 Jahren.

Peter Mächler, SVP, Zürich, nach acht Jahren.

Oliver Meier, SVP, Zürich, nach fünf Jahren.

Anna Maria Riedi, SP, Zürich, nach zwölf Jahren.

Christoph Schürch, SP, Winterthur, nach 15 Jahren.

Laurenz Styger, SVP, Zürich, nach 16 Jahren.

Johanna Tremp, SP, Zürich, nach acht Jahren.

Andrea Widmer, parteilos, Zürich, nach insgesamt zwölf Jahren.

Ernst Züst, SVP, Horgen, nach acht Jahren.

Allen diesen 20 Ratsmitgliedern, die auf Ende der Legislatur zurückgetreten sind, danke ich für ihre dem Kanton Zürich geleisteten wertvollen Dienste. Ich wünsche ihnen für den politischen Ruhestand viel Freude und Genugtuung. (*Applaus.*)

Meine Damen und Herren, das Volk, auf das wir uns in der Politik so gerne berufen, dieses Volk ist uns nicht immer gnädig gesinnt. In jeder Volksabstimmung wird ein Teil des Parlaments in den Senkel gestellt. Einmal verlieren wir, das andere Mal gewinnen wir. Wer Politik macht, muss sich für diese Wechselbäder wappnen. Und wer diese Wechselbäder oft erlebt hat, lernt sie mit Fassung zu erdulden.

Manchmal bewirken Volksentscheide aber tiefe Einschnitte in unser politisches Wirken und Leben. Und zwar dann, wenn wir abgewählt werden. Das ist 22 unserer Kolleginnen und Kollegen am 15. April 2007 widerfahren. Sie haben erleben müssen, dass all ihr Engagement, alle ihre Hoffnung mit einem Schlag zunichte gemacht wurden. Eine Abwahl ist nur schwer zu verkraften. Der einzige Trost, den ich unseren abgewählten Ratsmitgliedern spenden kann, ist der, dass sie persönlich daran keine Schuld trifft. Denn das Elektorat hat die wirklichen Kräfteverhältnisse unseres Parlamentes nur unwesentlich verschoben. Es war «Friedrich, der arge Wüterich», genannt Pukelsheim, der reiche Ernte machte.

Unfreiwillig verlassen uns folgende 22 Ratsmitglieder:

John Appenzeller, SVP, Aeuget. Er hat seine vier Jahre bei uns mit grosser Verve genutzt. Seine scharfzüngigen Voten, seine wohlüberlegten Provokationen, aber auch sein Engagement aus persönlicher Betroffenheit werden mir fehlen.

Adrian Bergmann, SVP, Meilen. Acht Jahre lang hat er sich vorab mit hartnäckigem Kampfgeist für den Strassenbau eingesetzt. Er war mein liebster Sparringpartner, auf den ich mich für die nächste Legislatur schon gefreut habe. Nun muss ich mir einen anderen suchen.

Markus Brandenberger, SP, Uetikon. Mit ihm verliert unser Rat nach sechs Jahren einen Sozialpolitiker, der sich mit Geist und Umsicht für benachteiligte Menschen unserer Gesellschaft eingesetzt hat. Dass er in seinen Voten immer auch feinsinnigen Humor eingeflochten hat, habe ich geschätzt – und muss es nun missen.

Ursula Braunschweig, SP, Winterthur. Sie hat sich vier Jahre lang in der JUKO engagiert. Aber ihr wahres Empfinden war die Bildungspolitik, in der sie oft Ideen einbrachte, die manches verklebte linke Auge wieder einen Spalt öffnete. Meines jedenfalls hat davon profitiert.

Ernst Brunner, SVP, Illnau-Effretikon. Er hat seine zwölf Jahre im Kantonsrat vorab der Verkehrs- und Energiepolitik gewidmet. Seine starken Auftritte im Rat haben mich meistens gefreut, denn sie standen jenen der jungen Heisssporne nur wenig nach. Mit 70 Jahren noch ein solches politisches Feuer versprühen zu können, ist eine Kunst, die ich uns allen gönne.

Stefan Feldmann, SP, Uster. Er hat uns in seinen vier Jahren gezeigt, dass Finanzpolitik zum spannendsten gehört, was ein Parlament bieten kann. Weder Buchhaltung noch Zahlenakrobatik bekamen wir von ihm vorgesetzt, und schon gar nicht Belehrungen, sondern gesalzene und gepfefferte Voten. Schade um diese Würze.

Hans Jörg Fischer, SD, Egg. Er hat sich in seinen acht Jahren im Parlament zum Kürzestredner aller Zeiten aufgeschwungen. Seine träfen Einwürfe in die Debatten sorgten oft für erfrischende Heiterkeit.

Willy Furter, EVP, Zürich. Sieben Jahre lang hat er sich in Planungs- und Baufragen mit Akribie eingebracht. Dass Strassenbau per se weder segensreich noch Teufelswerk ist, hat er wohl abgewogen dem Parlament immer wieder darlegen können.

Urs Grob, SP, Adliswil. In nur neun Monaten, die ihm im Kantonsrat beschieden waren, hat er sich sofort positionieren können. Seine Taktik war, als Newcomer sofort eine starke Bastion zu stürmen. Er hat so die Personalpolitik des Regierungsrates zur Debatte gebracht. Und getreu nach dem Motto «Viel Feind, viel Ehr» hat er sich auch noch gleich mit dem sportlichen Schiesswesen angelegt. Hierzu erfuhr er von links viel Lob.

Benedikt Gschwind, SP, Zürich. Er hat in seinen insgesamt acht Jahren mit Bedacht und grosser Ernsthaftigkeit politisiert. Tief beeindruckt hat er mich, dass er sich stets auf die Seite der Erwerbstätigen stellte. Und dies auch dann, wenn er gegen den Strom schwimmen

musste. Dass das Flughafenpersonal mit ihm einen der letzten Streiter verliert, ist betrüblich und ruft nach Ersatz. Wir wollen hoffen.

Pia Holenstein, SP, Affoltern. Mit ihr verliert die Hochschulbildung eine der profiliertesten Politikerinnen des Kantonsrates. Ihre vier Jahre im Rat und in der Kommission haben ihr hüben wie drüben grosse Anerkennung eingetragen.

Andrea Kennel, SP, Dübendorf. Sie war zwei Jahre im Rat. Eine Naturwissenschaftlerin lässt sich aber nicht so schnell verunsichern. Durchhalten und die Arbeit tadellos zu Ende führen, das hat uns die IT-Fachfrau heute deutlich spüren lassen. Und dafür bin ich ihr dankbar.

Cécile Krebs, SP, Winterthur. Sie hat mich in ihren vier Jahren beeindruckt. Dass sie neben Beruf und fünf Kindern sich noch so stark in die Politik einbringen konnte, ist bewundernswert. Mit ihr geht im Parlament auch die Stimme der Säuglinge und Kleinkinder verloren, die sie so herzlich hier vertreten hat.

Martin Kull, SP, Wald. In den vier Jahren, die ihm bei uns beschieden waren, haben wir gelernt, dass man auch mit wenigen Worten viel sagen kann. Diese knappen, klaren und konzisen Voten aus dem Mund eines beschlagenen Bildungspolitikers haben unserem Parlament gut getan.

Thea Mauchle, SP, Zürich. Als sie vor vier Jahren in den Kantonsrat einfuhr, geriet einiges in uns in Bewegung. Vor allem in den Köpfen. Aber ihre Glaubwürdigkeit in der Behindertenpolitik hat sie sich nicht mit dem Rollstuhl erworben, sondern mit ihrer unaufdringlichen und klugen Art. Sie hat nicht Betroffenheitspolitik gemacht, sondern verantwortungsvolle Politik für Betroffene.

Irene Minder, SVP, Seuzach. Sie hatte nur neun Monate Zeit. Da ist es schwierig, sich Gehör zu verschaffen. Aber es war ihr ein Leichtes, offen und lernwillig auch auf jene Ratsmitglieder zuzugehen, die ihr Heu auf einer anderen Bühne haben. Das hat mich angenehm berührt und daran erinnert, dass sich in diesem Saal nicht Feinde gegenüber sitzen, sondern Menschen mit unterschiedlichen Ansichten.

Roland Munz, SP, Zürich. Nach sechseinhalb Jahren verlässt uns einer, dem so schnell hier im Rat keiner etwas vormachen kann. Schon gar nicht auf dem Velo. Das haben in KPB und KEVU all jene erfahren müssen, die sich mit dem Velokurier aus Schwamendingen ange-

legt haben. Ein Grund zum Aufatmen besteht aber nicht. Denn denken Sie daran: Radfahrer sind zäh, so schnell geben die nicht auf!

Blanca Ramer, CVP, Urdorf. Sie hat uns in den vergangenen acht Jahren die Gesundheits- und Sozialpolitik ihrer Fraktion in knapper und unaufgeregter Form nahe gebracht. Das war wohltuend und lehrreich. So gern man ihr zugehört hat, so sehr ist zu hoffen, dass ihre Art nachhaltig wirkt.

Elisabeth Scheffeldt, SP, Schlieren. Während knapp fünfeinhalb Jahren hat sie sich mit Empathie und grosser Sachkenntnis für die Bildungspolitik stark gemacht. Dass ihr Engagement für die Jugend auch ausserhalb des Parlaments weiter besteht, entschädigt mich dafür, dass ich ihre Stimme in diesem Hause nicht mehr hören kann.

Peter A. Schmid, SP, Zürich. Er hat uns in seinen kurzen drei Jahren eindrücklich gezeigt, dass sich intellektuelle Kulturpolitik und profane Sozialpolitik nebeneinander gut vertreten lassen. Dass ein so polyvalenter Politiker nun gehen soll, macht den Verlust noch herber.

Peter Schulthess, SP, Stäfa. In den vier Jahren, die ihm bei uns beschieden waren, hat er sich einen wichtigen Namen gemacht als Kämpfer für die Rechte und Bedürfnisse psychisch kranker Menschen. Sein Palmares ist beeindruckend und zeugt von grosser Fachkenntnis, auf die das Parlament nun leider verzichten muss.

Marianne Trüb, SP, Dättlikon. Sie hat erreicht, dass man bei der Zürcher Kantonalbank nicht nur wegen des Derivathandels und der Bonizahlungen Bauchweh kriegt, sondern auch wegen der noch immer im Argen liegenden Frauenförderung. Ich bin aber mit ihr sicher, dass der von ihr während vier Jahren geführte Kampf weitergehen wird.

Unsern 22 Kolleginnen und Kollegen, die uns verlassen müssen, danke ich im Namen des Kantonsrates für ihre wertvollen Dienste, die sie für unseren Kanton und seine Bevölkerung geleistet haben. Ich wünsche Ihnen, dass Sie Ihre Nichtwiederwahl gewinnbringend verarbeiten können. Und ich rate Ihnen, Ihre kantonsrätlichen Unterlagen und Akten nicht zu entsorgen. Denn ich hoffe ganz fest, in den kommenden vier Jahren den einen oder die andere von Ihnen hier wieder in den Ratsaal eintreten zu sehen. (*Applaus.*)

Verabschiedung von Regierungspräsidentin Verena Diener

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Frau Regierungspräsidentin Verena Diener, als Sie 1995 ihr Amt antraten, mussten Sie sehr bald eine recht unangenehme Arbeit ausführen, die Sie sich nicht ausgesucht hatten, sondern die Ihnen von der Politik übertragen worden war. Sie haben diesen Mehrheitsentscheid ausgeführt und mussten im ganzen Kanton zehn Regional- und Akutspitäler schliessen. Sie mussten diese Schliessungen der Bevölkerung wenn nicht schmackhaft, so doch verständlich machen. Die Kraft dazu hat Ihnen zwar der Kantonsrat mitverliehen, indem er Ihr überzeugendes Votum, mit dem Sie die Durchsetzung der Spitalliste im Parlament vertraten, mit spontanem Applaus bedachte. Eine solche Bezeugung für ein Regierungsmitglied, das einen schwierigen Entscheid umsetzen muss, hat es vorher nie und auch nachher nie wieder gegeben.

Sie sind wochenlang durch den Kanton gezogen und haben in übervollen Gemeindegemeinden und Turnhallen jeweils vor Hunderten von besorgten und aufgewühlten Bürgerinnen und Bürgern die Spitalschliessungen vertreten. Das war eine schwierige Zeit für Sie – und elektoral eine gefährliche Gratwanderung. Gesundheitsdirektoren anderer Kantone sind gerade wegen der Spitalisten abgewählt worden. Ihnen aber, Regierungspräsidentin Verena Diener, ist das nicht passiert. Nicht weil die Zürcher Bevölkerung weniger nachtragend wäre als jene anderer Kantone. Nein, die Spitalschliessungen haben Ihnen deshalb nicht geschadet, weil Sie ehrlich und offen hingestanden sind. Sie haben sich nicht gescheut, geradewegs in die Brennpunkte des Geschehens vorzudringen und direkt bei der Bevölkerung das zu vertreten, was die Politik für richtig erachtet hat. Ihr Kampfmut hat beeindruckt. Sie haben nicht laviert, sondern argumentiert. Und das mit Klarheit und für alle verständlich.

In Ihre Amtszeit als Gesundheitsdirektorin haben Sie neben der Spitalliste mehrere grosse und strategisch wichtige Geschäfte erfolgreich durchgebracht. Stellvertretend für alle seien drei erwähnt: die Ver selbstständigung des Universitätsspitals und des Kantonsspitals Winterthur, der Erlass des Patientengesetzes und die umfassende Revision des Gesundheitsgesetzes. In allen drei Vorlagen hatten Sie sich mit einer hoch engagierten und fachlich bestens ausgewiesenen Kantonsratskommission zusammenzuraufen. Sie waren für deren Argumente zugänglich, Sie konnten zuhören und stiessen so in der Kommission auch auf Verständnis. Ihre profunde Dossierkenntnis war legendär und zwang die Kommissionsmitglieder ihrerseits, ins Dossier tief einzu-

steigen. Und genau das verhalf dieser Kommissionsarbeit zu einer hohen Qualität. Aber das führte natürlich auch dazu, dass die Spiesse der Legislative sich mit jenen der Exekutive in Länge und Spitzigkeit messen konnten. Doch genau in solch einer Atmosphäre kommen Kompromisse zu Stande, die im Kantonsrat und in der Öffentlichkeit Bestand haben. Das ist hohe politische Kunst.

Die Gesundheitspolitik steht nicht nur im Fokus der Öffentlichkeit, sondern wird auch ganz genau von speziellen Lobbyisten beobachtet. So hat sich dieses Parlament mehrmals mit der Regelung der Selbstmedikation und den ärztlichen Zusatzhonoraren auseinandersetzen müssen. Bei der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sind Milliarden im Spiel. Dass der Verteilungskampf um diese Gelder mit zum Teil harten Bandagen geführt wird, haben wir immer wieder gespürt. Lobbyisten können aber nicht nur Pralinen verteilen, sondern sie können auch ganz schön unangenehm einfahren. Hier zu widerstehen, mag einfach sein, dabei aber anständig zu bleiben, kostet viel Kraft. Ein Regierungsmandat ist auch ohne Lobby-Druck ein grosser Kraftakt. Und es lässt nur wenig Zeit und Musse für Erholung und Aufbau. Dass an Ihnen, Verena Diener, dieser Kraftaufwand gezehrt hat, wollten Sie uns lange nicht spüren lassen. Aber wir haben es schliesslich gleichwohl gemerkt. Wir sind froh, dass Sie dem Zehren widerstanden – und es überstanden – haben.

Starke Frauen hat dieses Land! Unser Kanton, sein Parlament und seine Bevölkerung konnten davon zwölf Jahre profitieren. Dafür gebührt unserer scheidenden Gesundheitsdirektorin Anerkennung und Dank. Aber hinter jedem starken Menschen verstecken sich auch schwache Momente. Und solche Momente hat Verena Diener dann, wenn sie auf Waldwegen das Herbstlaub unter ihren Füßen rascheln hört, wenn sie im hohen Sommergras liegt und seinen betörenden Geruch einzieht oder wenn sie im eigenen Familiengarten nach getaner Arbeit die Erdkrumen von den Fingern reibt, zum Weinglas greift, sich hinsetzt und den Sonntag zusammen mit ihrem Lebenspartner ausklingen lässt. Schwache Momente voll innerer Stärke.

Liebe Verena Diener, Sie wechseln jetzt von Unruhe zu Ruhe, von Bekanntem zu Unbekanntem. Dieser Wechsel ist Ihr Motor, der Sie weiterbringt und Ihnen ermöglicht, ein erfülltes Leben zu führen. Im Namen des Kantonsrates danke ich Ihnen für Ihre zwölf erfolgreichen Jahre, die Sie uns geschenkt haben, und ich hoffe mit Ihnen von ganzem Herzen, dass alle Ihre Wünsche in Erfüllung gehen. (*Kräftiger*

Applaus. Der Ratspräsident überreicht Regierungspräsidentin Verena Diener einen Brief und einen Blumenstrauss.)

Regierungspräsidentin Verena Diener: Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident, lieber Hartmuth, liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, liebe Regierungskolleginnen und Regierungskollegen, sehr geehrte Gäste auf der Tribüne und im Saal, liebe Journalistinnen und Journalisten.

Herr Kantonsratspräsident, Ihre Würdigung hat mich sehr berührt und ich bin von meinen Gefühlen eingeholt worden. Abschiednehmen ist doch nicht so einfach, wie ich mir das vorgestellt habe. Und doch denke ich mit gutem Gefühl an diese zwölf Jahre zurück. Ich bin dankbar für diese zwölf Jahre. Ich habe sehr viel gelernt über die Politik, aber auch über das Menschsein. Und ich war gestern in meinem Schrebergarten – der ist da oben am Berg – und ich habe mir überlegt, was ich zum Abschied zu Ihnen sagen möchte. Ich habe zurückgeschaut auf diese zwölf Jahre. Es ist mir sehr viel Schönes und Gutes in den Sinn gekommen, auch Schwieriges, auch Schweres. Ich habe mir überlegt, welches Motto oder welchen Titel ich diesen zwölf Jahren geben würde, und zwar politisch. Ich bin zum Schluss gekommen, dass das Motto eigentlich dieses ist: Trotz beschränkter finanzieller Mittel ist Weiterentwicklung und auch Innovation möglich.

Ich habe zurückgeschaut auf diese zwölf Jahre, und zwar nicht nur in meinem Ressort, sondern auch im Ressort meiner Kolleginnen und Kollegen. Wir haben in den letzten zwölf Jahren ständig den Spar- druck bei jeder politischen Entscheidung mitgeführt und mitgedacht. Das macht die Lösungsfindung schwieriger, als wenn man unbeschränkt Mittel zur Verfügung hat. Und wenn ich zurückdenke an diese zwölf Jahre, dann bin ich eigentlich auch tief berührt, wie viel Innovation für diesen Kanton trotz des Sparens möglich war. Es war möglich, eine neue Kantonsverfassung zu schreiben und in einer Volksabstimmung durchzubringen, die sehr viele auch moderne Grundwerte formuliert hat. Wir haben den Schulbereich reformiert, nicht nur die Volksschule, auch die Hochschullandschaft. Der Ausbau der Verkehrsträger, ein wichtiger Bereich unserer mobilen Bedürfnisse, konnte sukzessiv verbessert werden. Wir haben uns besser vernetzt mit den andern Kantonen, haben uns besser vernetzt mit den Wirtschaftsräumen. Wir sind trotz des Sparens solidarisch geblieben mit den andern Kantonen und mit der gesamten Schweiz, sei das mit unseren Zentrumsleistungen,

sei das mit der Abstimmung zur NFA (*Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen*). Die Ökologisierung war in diesen zwölf Jahren trotz des Sparens ein wichtiges Anliegen, das einige Erfolge aufzuzeigen hat – in der Landwirtschaft, bei den Thuraunen. Wir haben Standortstrategien definiert für unsere Wirtschaft, für die Bildung, auch für die hoch spezialisierte Medizin.

Als ich vor zwölf Jahren in der Gesundheitsdirektion begann – das hat Ihr Präsident erwähnt –, war die KVG-Umsetzung (*Bundesgesetz über die Krankenversicherung*) im Raum, parallel dazu der Spardruck. Was die Folge war, hat Ihnen der Präsident gesagt. Ich denke, dass wir heute nach zwölf Jahren festhalten können: Trotz diesen Umbrüchen, trotz diesem Anspruch ans Personal, an die Bevölkerung, an die Patientinnen und Patienten haben wir heute eine gute medizinische Versorgung. Die Bevölkerung ist zufrieden damit und die Kosten und die Prämienhöhungen sind weit unter dem schweizerischen Durchschnitt. Das gebührt einen Dank, nicht primär mir, sondern all den Leistungserbringerinnen und Leistungserbringern im Gesundheitswesen. Ohne ihre Bereitschaft, solidarisch mitzutragen, wäre das nicht möglich gewesen. Trotz des Sparens – und jetzt komme ich eben nochmals auf mein Motto zurück –, trotz diesem Sparen, trotz diesen Strukturveränderungen war auch sehr viel Innovation möglich, und dies dank Ihnen. Ich denke an das Patientengesetz, eine Gesetzgebung, die festhält, was die Rechte und die Pflichten für die Patientinnen und die Patienten sind, eine zeitgemässe wichtige Antwort. Ich denke an das Honorargesetz, heiss umkämpft, heiss bestritten, Lobbyarbeit von allen Seiten! Ihr Rat hat sich zu einem Honorargesetz durchgerungen, das umsetzungsfähig ist und das, denke ich, auch sehr viele Antworten geben wird auf anstehende Fragen, auch wenn das letzte Wort von der Bevölkerung erst im Sommer gesprochen wird. Ich denke an die Ver selbstständigung des Kantonsspitals Winterthur und des Universitätsospitals Zürich, ich denke an den Forensik-Neubau oder an die Revision des Gesundheitsgesetzes. Alle diese Geschäfte haben Sie hier im Rat behandelt, diskutiert und verabschiedet. Diese Innovation wurde nur dank Ihrem Ja möglich.

Es gab auch noch einige Geschäfte, die Ihren Rat nicht passieren mussten oder durften und die mir auch sehr am Herzen lagen und die auch sehr viel mit Weiterentwicklung und zeitgemässen Antworten zu tun hatten. Ich denke hier vor allem an das Palliative-Care-Konzept,

ein Konzept für unseren Bevölkerungsanteil, der todkrank ist, keine Heilung mehr erwarten kann und Anrecht hat auf ein menschenwürdiges Sterben. Dieses Palliative-Care-Konzept und die entsprechenden Gelder wurden trotz des Sparens möglich, und die Pilotphase läuft. Ich denke an den Einsatz der kantonalen Ethikkommission. Die ethischen Fragen sind brennend und wichtig, und es war trotz des Sparens möglich, eine solche Kommission einzusetzen, und sie ist sehr aktiv. Ich denke an die Festlegung und an die Umsetzung des Psychiatriekonzeptes. Wir haben es in diesen zwölf Jahren gemeinsam geschafft, eine moderne psychiatrische Versorgung flächendeckend nach dem Psychiatriekonzept einzurichten. Und ich denke an die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung, aber vor allem auch an die ganzen Fragen der Qualität, die Bewusstseinsentwicklung für Qualitätsfragen und die Umsetzung.

Es ist mir wichtig, noch einmal festzuhalten, dass dieser Spardruck sicher für alle Beteiligten schwierig war. Ich bin aber überzeugt, dass erst, wenn es einem bewusst ist, dass die Ressourcen nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen, kluge und innovative Lösungen möglich werden. Ich halte das darum fest, weil diese Erkenntnis auch eine zentrale sein wird in der Zukunft, in den ökologischen Diskussionen, sei es die Klimaveränderung, seien es die Energiefragen. Wir müssen als Menschen, auch wenn es uns schwer fällt, die Begrenztheit akzeptieren, die Begrenztheit unseres Raumes, die Begrenztheit unserer Ressourcen. Und erst, wenn wir das akzeptieren, werden wir zu gemeinsamen Lösungen vorstossen können.

Ich habe in der Vergangenheit für viele Menschen eine unbequeme Haltung eingenommen; das war mir bewusst. Ich weiss, dass einige Menschen mich auch als unerreichbar empfanden. All diesen Menschen möchte ich sagen: Ich habe Ihre Anliegen sehr wohl gehört. Ich habe auch alle Anliegen, die an mich herangetragen wurden, geprüft. Aber ich habe nicht allen Anliegen und Forderungen Recht gegeben. Ich habe in diesen Jahren viel Druck gespürt, im Gesundheitswesen geht es auch um viel Geld. Ich habe immer wieder versucht zu verstehen, was für das Gemeinsame, für unsere Gesellschaft und für unsere Bevölkerung im Zentrum steht, und habe die Partikularinteressen immer wieder an der allgemeinen Sozialverträglichkeit für unsere Gesellschaft gemessen.

Heute ist mein letzter Tag unter Ihnen. Ich möchte Ihnen ganz herzlich danken für die gute, in der KSSG sehr gute Zusammenarbeit mit Ih-

nen. Ich möchte mich bedanken für all den Respekt, den ich von Ihnen immer wieder erfahren habe. Ich möchte mich bedanken für Ihre Unterstützung. Ich möchte mich auch dafür bedanken, dass Sie mich immer auch wieder gewähren liessen. Sie haben mir nicht viel dreingeredet. Sie haben wenig Vorstösse gemacht. Ich empfand das immer als grosses Vertrauen; es hat mich aber auf der andern Seite natürlich auch entsprechend unter Druck gesetzt. Ich möchte mich bedanken für die «Quittenpäschtli» (*jeden Dezember von Werner Honegger, SVP, Bubikon, den Regierungsmitgliedern während der Budgetdebatte geschenkt*). Ich möchte mich herzlich bedanken für jedes Lachen, für jedes aufmunternde Wort auch in den Zeiten, als ich gesundheitlich schwer krank war. Ich möchte mich bedanken für Ihre Menschlichkeit, die ich in einem ganz grossen Ausmass erfahren habe. Regierungsrätinnen und Regierungsräte sind auch nur Menschen.

Ich habe dieses Amt angestrebt, ich gebe es aber heute – oder ganz genau in einer Woche – auch gerne weiter. Ich werde etwas kürzer treten, ich werde aber ganz sicher wieder eine Aufgabe suchen. Ich bin ein Mensch mit viel Energie. Ich hoffe, diese Energie bleibt mir noch einige Zeit erhalten.

Und in diesen Dank einschliessen möchte ich ganz besonders auch den Kantonsratspräsidenten. Ich habe in diesem Jahr eine wunderschöne Zusammenarbeit mit Dir, Hartmuth, erlebt. Und ich war immer wieder tief beeindruckt, wie gut Du mit den Worten umgehen kannst und wie gut und wie treffend Du auch Situationen aufnehmen kannst. Ich danke aber auch allen andern Kantonsratspräsidentinnen und -präsidenten, die ich in diesen zwölf Jahren erlebt habe. Sie haben mit ihrer Führung stark mitgeholfen, dass die Kantonsratsdebatten – mindestens im Gesundheitswesen – immer sehr gesittet vonstatten gingen. Ich möchte meinen Regierungskolleginnen und Regierungskollegen auch an dieser Stelle ganz herzlich danken, dem Landesweibel, den Parlamentsdiensten und ganz zum Schluss auch Ihnen, den Journalistinnen und Journalisten. Ich habe von Ihnen in den allermeisten Fällen Respekt, kritische Würdigung, kritische Begleitung erlebt. Es ist mir bewusst, dass unsere Rollen unterschiedlich sind. Es ist mir auch bewusst, dass die Wahrheit verschiedene Facetten hat, je nachdem, woher man sie anschaut. Aber ich möchte mich auch bei Ihnen bedanken für all die Berichterstattungen, in denen ich, wenn ich sie las oder hörte oder sah, einigermaßen dachte «Da war ich auch dabei». (*Heiterkeit.*)

In diesem Sinne verabschiede ich mich heute von Ihnen und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute. (*Lang anhaltender kräftiger Applaus.*)

Verabschiedung von Regierungsrat Ruedi Jeker

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Herr Regierungsrat Ruedi Jeker, als Sie vor acht Jahren in den Regierungsrat einzogen und die Volkswirtschaftsdirektion übernahmen, harrten Links und Rechts gespannt der Dinge. Als Kantonsrat waren sie der Öffentlichkeit als sachkundiger Luftfahrtpolitiker aufgefallen, der aus seiner reichen Erfahrung als ehemaliger Kommandant des Fliegerregiments 4 schöpfen konnte. Der Zürcher Flughafen war mit Ihnen in kundige und zupackende Hände gekommen. Gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit konnten Sie Ihren ersten Abstimmungssieg aus einer ganzen Reihe einfahren: die Teilprivatisierung des Flughafens Zürich. Dass dem Kanton, der Politik und der Bevölkerung damit die Mitsprachemöglichkeit zu einem gewissen Teil entzogen worden ist, war damals zwar bekannt, doch 61 Prozent der stimmenden Bevölkerung sagten dazu Ja. Ob das heute immer noch so herauskäme, ist kaum anzunehmen. Und wenn doch, dann sicher nicht durch die genau gleichen 61 Prozent wie damals.

Dieser Abstimmungssieg liess Sie aber nicht zurücklehnen. Es gab zwar keine Flughafendirektion mehr in Ihrem Amt, doch der Flughafen begann Sie stärker zu fordern, als uns allen lieb war. Nachdem am 2. Oktober 2001 die Swissair ins Grounding gezwungen wurde, drohte der zürcherischen Volkswirtschaft der Kollaps. Sie, Herr Regierungsrat, das Parlament und die Bevölkerung standen vor einer der grössten Herausforderungen eines halben Jahrhunderts. Die Wirtschaft hatte kläglich versagt, weshalb sie die Politik zu Hilfe rufen musste. In einer beispiellosen Aktion haben Sie im Parlament und beim Volk eine Kreditvorlage über 300 Millionen Franken durchgebracht, damit aus dem Scherbenhaufen heraus eine neue nationale Airline entstehen konnte. Weitere 100 Millionen Franken bewilligte das Volk auf Ihren Antrag hin zur Sicherung der flugnahen Betriebe. Mit dieser mutigen und klugen Politik konnten Sie, Ruedi Jeker, 10'000 bis 20'000 Arbeitsplätze im Kanton, seiner weiteren Umgebung und im grenznahen Ausland retten.

Aber nicht nur der öffentliche Luftverkehr hat Ihnen viel zu verdanken, sondern auch der Schienenverkehr. In Ihre Amtszeit fallen die Startschüsse für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse, die Glatttal-

bahn und die dritte Teilergänzung der S-Bahn. Das sind genauso wichtige Infrastrukturbauten wie der Flughafen. Alle zusammen sind sie der Schlüssel für eine wirtschaftliche Entwicklung, die zu breitem Wohlstand führt. Was Sie schon als Kantonsrat immer vertreten haben, hat sich bewahrheitet, nämlich Ihr Credo, wonach Sozialprojekte und Umweltvorhaben nur dann finanziert werden können, wenn die Wirtschaft Gewinne abwirft und die in ihr beschäftigten Menschen Löhne verdienen, die ihrerseits Steuereinnahmen generieren. Zurzeit brummt die Wirtschaft wieder – und sie kann sich nicht zuletzt Dank Ihrer Politik, Herr Regierungsrat, auf funktionierende und ausbaufähige Verkehrsinfrastrukturen verlassen und weiter entwickeln.

Jede Glückssträhne hat aber einmal ein Ende. Das war Ende 2003 der Fall. Der Krach um den Fluglärm war unerträglich geworden und das Regierungskollegium setzte auf einen Direktionswechsel. Ab 2004 waren Sie Sozialdirektor. Ihnen unterstanden das Polizei- und das Sozialwesen des Kantons. Und wieder blickte man gespannt darauf, wie Sie die Sache anpacken würden. Und wieder war Ihnen das Glück hold. Als lösungsorientiertem Politiker fiel es Ihnen nicht sonderlich schwer, den legendären Zürcher Polizeistreit zu schlichten. Es gelang Ihnen in kurzer Zeit, aber mit vollem Aufwand, das Polizeiorganisationsgesetz durchzubringen. Damit wurde eine vielleicht 100 Jahre alte Polizeigeschichte im Kanton Zürich, eine unsichere Polizeigeschichte mit jahrzehntelangen Kompetenzstreitigkeiten, beendet. Und auch das darauf folgende Polizeigesetz wurde nicht zuletzt dank Ihrer Flexibilität, Ihrer Offenheit für Argumente und Ihrer grossen Bereitschaft für Kompromisse unter Dach und Fach gebracht.

Regierungsrat Ruedi Jeker, Ihre Art des Politisierens ist beeindruckend. Auch bei jenen, die Ihnen politisch nicht wohlgesinnt sind. So attestiert Ihnen der Präsident des Flughafen-Schutzverbandes, Sie hätten stets das Beste für den Flughafen und die Bevölkerung gewollt. Und von der Stadtzürcher Sozialamtsvorsteherin werden Sie dafür gelobt, dass Sie für städtische Anliegen ein offenes Ohr gehabt hätten, dass Sie zum Beispiel den Sozialhilfe-Stopp für abgewiesene Asylbewerber so umgesetzt hätten, dass diese nicht auf der Strasse landeten.

Zwölf Jahre Kantonsrat, acht Jahre Regierungsrat! Das ist ein bemerkenswerter Leistungsausweis. Natürlich hätten wir gerne mehr davon gehabt. Nun haben Sie aber anders entschieden. Das ist gut für Sie – und das freut sicher auch Ihre Ehefrau, mit der Sie sehr bald für etliche Wochen in die weite Ferne ziehen. Dazu wünsche ich Ihnen bei-

den von Herzen eine schöne, erholsame und aufbauende Zeit. Im Namen des Kantonsrates danke ich Ihnen für Ihre acht erfolgreichen Jahre, die Sie mit uns als Regierungsrat verbracht haben. (*Kräftiger Applaus. Der Ratspräsident überreicht Regierungsrat Ruedi Jeker den «Silbernen Löwen» und einen Blumenstrauss.*)

Regierungsrat Ruedi Jeker: Herr Kantonsratspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kantonsräte, liebe Regierungskolleginnen und Regierungskollegen, sehr geehrte Medienvertreterinnen und Medienvertreter, meine Damen und Herren

Vorab möchte ich Ihnen, Herr Kantonsratspräsident, lieber Hartmuth, ganz herzlich für Ihre anerkennenden Worte danken und auch danken für die Überreichung des «Silbernen Löwen». Gerne benutze ich auch die Gelegenheit, um den Dank zu erweitern an Anwesende und Abwesende, die mich während meiner politischen Tätigkeit begleitet und unterstützt haben: meine Frau Margrit und meine Töchter Simone und Marion, Freunde und Kollegen, Politikerinnen und Politiker aus meiner und aus anderen Parteien, aber auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus zwei Direktionen.

Ich werde heute wohl zum letzten Mal in diesem Hause und vor diesem Gremium sprechen; einem Hause, das während 20 Jahren einen festen Platz in meinem Leben einnahm, wie gehört während zwölf Jahren im Kantonsrat und seither als Mitglied der Zürcher Regierung. Das ist fast ein Drittel meines bisherigen Lebens, und rückblickend ist es enorm, was sich in dieser Zeitspanne weltweit alles verändert hat. Ich erwähne beispielhaft den Zusammenbruch des kommunistischen Systems, den Fall der Berliner Mauer und das Ende des Kalten Krieges, das Verschwinden von Mark, Franc, Lire und Schilling in unseren Nachbarländern und die Einführung des Euro als Ausdruck eines wirtschaftlich immer stärker geeinten Europas. Das Entstehen und vor allem auch die rasante Verbreitung neuer Informationstechnologien, wozu ich nur das Stichwort Internet nenne, und schliesslich die immer rasantere globale Verflechtung in der Wirtschaft.

So vieles verbindet mich mit diesem Haus, dass sich mit der Freude über die neue Freiheit durchaus eine gewisse Wehmut verbindet. Ich kann Ihnen indessen versichern, dass mir Pläne, auf irgendeiner Seniorenliste zurückzukehren, fern liegen. (*Heiterkeit.*) Der Zeitpunkt meines Rücktrittes fällt so, dass er mir die Möglichkeit gibt, beruflich noch einmal etwas Neues anzupacken. Denn obwohl ich in den letzten

acht Jahren als Regierungsrat die Politik zu meinem Beruf gemacht habe, stand für mich immer das milizmässige Engagement im Vordergrund. Milizmässig habe ich dem Vorstand des Kantonalen Gewerbeverbandes angehört, milizmässig wurde ich Militärpilot und Regimentskommandant, milizmässig war ich natürlich Mitglied dieses Parlaments. Bewusst habe ich mir eine berufliche Selbstständigkeit erarbeitet, die mir das milizmässige Engagement ermöglichte. Ich bin überzeugt, dass unser Staat und unsere Gesellschaft auch in Zukunft auf milizmässiges Engagement angewiesen sein werden. Es gehört nach meiner Überzeugung zu unserer Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, unsere Bürgerinnen und Bürger zu solchem Engagement zu ermuntern und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen. Davon lebt unsere direkte Demokratie.

Ich werde keinen Rückblick auf 20 Jahre Politik in diesem Hause halten. Vielmehr möchte ich ein letztes Mal drei politische Anliegen erneuern, die für mich während meiner ganzen politischen Tätigkeit von zentraler Bedeutung waren. Und ich wiederhole sie, weil ich überzeugt bin, dass diese Anliegen auch für die Zukunft ihre Gültigkeit behalten.

Da war erstens das Anliegen, Lösungen zu realisieren. Man hat mir einmal in den Medien vorgehalten, ich sei mehr Ingenieur als Politiker. Ich gestehe Ihnen hier, dass ich das als Kompliment aufgefasst habe. Denn als Ingenieur habe ich gelernt, Probleme zu lösen, und in meinen Augen hat die Politik keine andere Aufgabe. Eine Politik, die nur Zeichen setzt und flotte Sprüche macht, erfüllt ihre Aufgabe nicht. Unsere vielfältige Medienlandschaft mit Schreckensmeldungen und Schreckensbildern in Echtzeit aus aller Welt, schafft in unserer Bevölkerung zunehmend ein Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins. Das ist keine Medienschelte, sondern ganz einfach eine Darstellung der Realität. Gerade wegen dieser Realität erwartet unsere Bevölkerung, dass die Politik Lösungen für anstehende Probleme liefert und vor allem den Willen mitbringt, nach Lösungen zu suchen. Nach Lösungen zu suchen, beginnt damit, dass wir uns der staatlichen Kernaufgabe bewusst sind und uns nicht im Detail verlieren. Ich habe leider nur zu oft erlebt, dass die im Militär gepflegte Lagebeurteilung mit der berühmten Frage «De quoi s'agit-il?» als zwingender Ausgangspunkt des Entscheidungsprozesses bei politischen Überlegungen fehlte. Wie wollen wir denn Ziele erreichen, wenn wir uns nicht einmal über das Startfeld im Klaren sind?, möchte ich fragen. Die Suche

nach Lösungen bedeutete für mich immer auch die Suche nach tragfähigen Lösungen. Dabei verstehe ich «tragfähig» so, dass Lösungen von möglichst vielen mitgetragen werden und Minderheiten nicht einfach von der Mehrheit erdrückt werden. In unserem Kanton bedeutet das vor allem, dass kantonale Lösungen zwingend von den Gemeinden mitgetragen werden müssen. Lösungen schliesslich sind für mich Resultate, die zur rechten Zeit kommen. Ich stellte in der Politik und in der Verwaltung zu oft ein Bestreben nach so genannt perfekten Lösungen fest. Und nicht selten ging dabei das Verständnis für die Rechtzeitigkeit verloren. Eine brauchbare Lösung zur rechten Zeit ist eine Lösung. Eine perfekte Lösung, die zu spät kommt, ist keine Lösung!

Damit komme ich zum Zweiten, nämlich zum Respekt. Die Achtundsechziger-Ruhen, die in die Zeit meines eigenen Studiums fielen (*Heiterkeit über diesen Versprecher*) – ich habe davon eben fast nichts gemerkt, da ich immer im Studium oder im Militär war –, die Achtundsechziger-Unruhen haben an Autoritäten gerüttelt und vielerorts starre Hierarchien aufgeweicht. Ich wünsche mir keine Rückkehr zur Zeit vor 1968, aber ich wünsche mir eine Gesellschaft und auch eine Politik, die wieder von mehr Respekt geprägt ist; Respekt vor dem Gegenüber und vor dem Andersdenkenden, Respekt vor fremdem Eigentum und letztlich auch Respekt vor sich selbst. Ist dieser fehlende Respekt nicht letztlich der Grund für Probleme an den Schulen, die uns derzeit beschäftigen? Sind nicht die Ausschreitungen am diesjährigen 1. Mai nicht genau diesem mangelndem Respekt anderem und fremdem Eigentum gegenüber zuzuschreiben? Ich kann Ihnen hier natürlich keine Patentlösung präsentieren. Doch überzeugt bin ich, dass der Politik eine Vorbildwirkung zukommt. Es gibt keine Politik ohne Auseinandersetzungen selbstverständlich, aber immer war es mein Anliegen, diese Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegenüber mit Respekt zu führen. Die Polarisierung in unserer politischen Landschaft hat den Respekt in der Auseinandersetzung leider nicht begünstigt. Umso mehr wünsche ich mir, dass die Politik zu mehr Respekt zurückfindet. Ich bin überzeugt, dass die Politik auf dem Holzweg ist, wenn sie der medialen Aufmerksamkeit zuliebe Gezänk mit sachlicher Auseinandersetzung verwechselt. Ich bin überzeugt, dass sich Politikerinnen und Politiker einen Bärendienst erweisen, wenn sie sich als Politclowns öffentlich zur Schau stellen. Vielleicht liegt gerade hier sogar mitunter eine – wenn auch sicher nicht

die einzige – Erklärung für die tiefe Wahlbeteiligung. Um Streithähne zu nominieren, braucht es tatsächlich keinen Gang zur Urne. Die Wahl gewinnt dann an Bedeutung, wenn unseren Bürgerinnen und Bürgern klar ist, dass die Gewählten seriöse Arbeit leisten. Und letztlich, meine Damen und Herren, Qualität setzt sich immer durch, auch in der Politik!

Und damit bin ich beim Dritten, das ich unter das Stichwort Weltoffenheit stellen will. Bei meiner Wahl in den Regierungsrat im Jahre 1999 habe ich es als eines meiner Ziele bezeichnet, die Uhren der Verwaltung auf die Uhren der Wirtschaft umzustellen. Sicher habe ich dabei nicht die blosse Gewinnmaximierung vor Augen gehabt. Aus meiner liberalen Sicht ist wirtschaftliche Freiheit wie jede Freiheit immer mit sozialer Verpflichtung verknüpft. Doch was die Wirtschaft der Politik voraus hat, ist der Umstand, dass sie sich der wahren Konkurrenz bewusst ist; einer Konkurrenz, die aus Milliarden qualifizierter, auch hoch qualifizierter Arbeitskräfte vor allem im Fernen Osten besteht. Unsere Schweizer Wirtschaft hat in den letzten Jahren unter Beweis gestellt, dass sie dieser Konkurrenz gewachsen ist. Aber zu oft habe ich den Eindruck, dass Politik und auch Verwaltung die internationale Entwicklung noch nicht voll wahrgenommen haben. Getreu dem Motto «Zwar früh aufstehen, aber spät erwachen» werden da noch Gärtchen gepflegt, als gäbe es nur eine Binnenwirtschaft und dichte Grenzen. Sicher, mit Verwaltungs-, Regierungs- und Parlamentsreform wurde vieles erreicht, und ich durfte in der Verwaltung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammenwirken, die die Zeichen der Zeit sehr wohl erkannt haben. Die Richtung stimmt, aber das Tempo muss noch beschleunigt werden!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor 20 Jahren hat sich mein Parteikollege, Regierungsrat Albert Siegrist, in diesem Saal mit dem Satz verabschiedet «Dass es Ihnen gelingen möge, dieses Heute erträglich zu gestalten, das wünsche ich Ihnen!». Dem habe ich nur eines beizufügen: Möge es Ihnen vor allem auch gelingen, das Morgen erträglich zu gestalten! Ich wünsche Ihnen persönlich und als Bürgerinnen und Bürger alles Gute und sage ganz einfach: «Händs guet mitenand!» (*Lang anhaltender kräftiger Applaus.*)

Abschiedsrede des abtretenden Ratspräsidenten

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Meine Damen und Herren, bevor der abtretende Kantonsratspräsident den Bock endgültig verlässt, hat

er eine Schlussrede zu halten. Das wird so erwartet. Das war immer so. Meistens durfte sich die versammelte Gesellschaft anhören, wie tüchtig das Parlament gearbeitet, wie viele Geschäfte es abgespult hat. Ich habe mir die Mühe erspart, die letzten 59 Ratsprotokolle nach solchen Angaben zu durchforsten. Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, waren fleissig, das ist gar keine Frage. Ob wir auch effizient waren, steht hier nicht zur Debatte, denn ich meine klar, dass Parlamente nicht den Auftrag haben, effizient zu sein. Sondern Parlamente – und darum heissen sie so – müssen stellvertretend für die wählende Bevölkerung in aller Öffentlichkeit die mündliche politische Auseinandersetzung führen. Wollte man darüber das Korsett der Effizienz stülpen, würde das Parlament seiner wichtigsten Aufgabe beraubt. Denn Reden ist Silber und Schweigen ist Blech.

Als ich mich vor etwas mehr als drei Jahren dazu entschied, den Bock zu besteigen, tat ich das mit gemischten Gefühlen. Mir war natürlich klar, dass ich für drei volle Jahre meine politische Haltung nicht mehr verbalisieren kann. Das fiel dann anfangs ziemlich schwer, doch im dritten Jahr hatte ich mich an die Schweigepflicht gewöhnt. Das war insofern auch erträglich, als von Tag zu Tag jene Frist kürzer wurde, nach der ich endlich wieder im Plenum mitreden darf. In einer Woche ist es so weit, ich freue mich darauf, und Alfred Heer hoffentlich auch. (*Alfred Heer, SVP, Zürich, nickt. Heiterkeit.*)

Das Amt als Parlamentspräsident bringt es mit sich, dass man mit anderen Parlamentsvorsitzenden in Kontakt kommt. Man lernt ihre Arbeitsweise kennen und staunt mitunter über deren Machtfülle. Es ist nämlich eine urschweizerische Eigenart, dass unsere Parlamentsvorsitzenden nur gerade ein Jahr im Amt sind. Das ist in den Deutschen Bundesländern ganz anders, denn dort ist man während mindestens einer ganzen Legislatur im Amt, und die dauert dort fünf Jahre. In der Schweiz sind es nur die Kantone Thurgau, Tessin und Zug, die noch ein zweijähriges Präsidium kennen. Und selbst diese sollen nächstens geopfert werden. Ziehe ich Bilanz über mein Präsidialjahr, so stelle ich ernüchert fest, dass ich 58 Parlamentssitzungen und 35 Geschäftsleitungssitzungen geleitet habe. Dazu war ich an rund 130 verschiedenen Anlässen, an denen ich als höchster Zürcher herumgereicht wurde. Das war zwar alles erbauend und hat auch interessante Begegnungen gezeitigt. Doch das, was meine deutschen, österreichischen und liechtensteinischen Kollegen können, das ist uns in der Schweiz verwehrt. Wir Parlamentsvorsitzende können weder führen noch gestalten. Wir

haben zwar einen Mitarbeiterstab, doch wirklich zu sagen haben wir dem nichts. Das ist ein Systemfehler, der nicht nur das Parlament schwächt, sondern auch im Mitarbeiterstab selber zu Instabilität führt. Wenn man nämlich jedes Jahr einen anderen Chef bekommt, dann ist dieser Chef keiner mehr, sondern nur noch ein Repräsentant.

Nun, gewusst habe ich das schon zuvor, zu beklagen habe ich mich also eigentlich nicht. Dies aber in Wirklichkeit zu erleben, schärft in einem den Wunsch, diese Situation einer tieferen Analyse zu unterziehen. Also nicht klagen, sondern nachdenken und handeln.

Bei der Betrachtung anderer Parlamente fielen mir noch weitere Besonderheiten auf. Das Zürcher Rathaus hält einen einsamen Rekord: Es ist das Parlament mit den engsten Sitzverhältnissen ganz Kontinentaleuropas. (*Heiterkeit.*) Unser Ratssaal ist der einzige Saal vergleichbarer Grösse, der keinen Notausgang hat. Und unser Saal ist der wichtigste Ort der Zürcher Öffentlichkeit, zu dem gehbehinderten Menschen der schrankenfreie Zugang verwehrt wird, und zwar, weil es der Denkmalschutz so will.

Vergleiche mit anderen Parlamenten sind auch bezüglich Aufwand und Ertrag ganz reizvoll. Ich habe mir Bundesbern deshalb ein bisschen näher angeschaut. Die Mitglieder des Nationalrates sind nach landläufiger Meinung sehr viel stärker belastet als wir kleinen Kantonsrätlein an der Limmat. Doch das ist nicht so! Der Zürcher Kantonsrat hat in diesem Amtsjahr 60 Ratssitzungen abgehalten. Im Nationalrat kommt man auf diese Zahl aber nur, wenn auch noch Sondersessionen eingeschoben werden. Die Beanspruchung von Nationalratsmitgliedern und uns Zürcher Kantonsratsmitgliedern ist also sehr ähnlich. Was die Entschädigungen für diese beiden Engagements betrifft, klaffen die Zahlen aber sehr weit auseinander. Schaut man nur die Frankenbeträge an, soll unsere Arbeit hier in Zürich vier Mal weniger wert sein als jene in Bern. Wie sich das begründen lässt, ist mir schleierhaft. Dass sich das zu unseren Gunsten ändern muss, ist aber klar.

Noch betrüblicher wird der Vergleich mit Bern, wenn wir die Parlamentsdienste vergleichen. Während sich hier im Kantonsrat 14 Abgeordnete mit einem Parlamentsdienstmitarbeiter begnügen müssen, ist das Verhältnis in Bern geradezu paradiesisch: Die 246 Mitglieder des Nationalrates und des Ständerates können auf die Dienste von sage und schreibe auf 174 Mitarbeitern zurückgreifen. Das heisst, in Bundesbern betreut ein Parlamentsdienst-Mitarbeiter 1,4 Deputierte. Das

Verhältnis ist also zehn Mal besser als bei uns. Weshalb die dort immer noch am Anti-Zürich-Reflex leiden, ist mir schleierhaft. Dass wir dringenden Aufholbedarf haben, ist mir aber klar.

Schlecht bezahlte Parlamentsarbeit und unterdotierte Parlamentsdienste bedingen aber nicht zwingend schlechtere Politik. Im Gegenteil. Wir haben sehr gute Arbeit geleistet. Gemessen an unseren beschränkten Mitteln haben wir jedenfalls den weitaus grösseren Output als «Bern». Das beweist das von uns ausgelöste mediale Echo. Während die Bundespolitik sechs Mal mehr Menschen vertritt als die Kantonalpolitik und daher glaubt, wesentlich bedeutender zu sein als wir, bringt es die Bundespolitik nur auf unbedeutend mehr Publikationsfläche in den Zeitungen unsers Kantons.

Eine Spezialität des Zürcher Kantonsrates will ich zum Schluss noch ansprechen. Es ist der so genannte Stichentscheid. Als Hans Peter Frei, mein Vorgänger auf dem Bock, seinen zwölften Stichentscheid gefällt hatte und damit die Spitze der Rangliste unerreichbar für alle anderen anführte, hiess es, die Häufigkeit der Stichentscheide zeige eben die ausserordentlich knappen Mehrheitsverhältnisse dieses Parlaments auf. Dabei wurde aber übersehen, dass seine Vorgängerin, Emy Lalli, als Präsidentin keinen einzigen Stichentscheid fällen musste, obwohl die Kräfteverhältnisse im Parlament die genau gleichen waren.

Ich selber habe es auf drei Stichentscheide gebracht. Aber so wie jene von Hans Peter Frei waren auch diese keine echten. Ein Stichentscheid ist nämlich erst dann ein solcher, wenn dem oder der Vorsitzenden bei einer Pattsituation eine zweite Stimme zusteht. Das ist aber im Zürcher Kantonsrat nicht so. Das Kantonsratsgesetz gesteht mir nämlich kein Stimmrecht zu. Bei allen Sachabstimmungen habe ich mich der Stimme enthalten müssen. Erst wenn es dann zum Patt kam, durfte ich mein Stimmrecht ausüben. Das ist demokratisch etwas fragwürdig, denn es verzerrt die wahren Machtverhältnisse im Rat und mir wird als gewähltem Volksvertreter im Parlament das Stimmrecht partiell entzogen.

Manchmal hat das aber ungeahnte Vorteile. Als beim Opernhaus-Rahmenkredit das Schlussresultat nach einer denkwürdigen Grossdebatte bei 85 zu 85 stand, richteten sich alle Fernsehkameras, Radiomikrophone und Fotoapparate auf mich. Die ganze Schweiz hing an meinen Lippen. Auf der Tribüne sandte Alexander Pereira ein verzweifertes Stossgebet zum Himmel und hier im Saal murmelte Kul-

turminister Markus Notter ein beklemmendes «Sein oder nicht Sein» in den Bart. Mein erlösendes Ja zum Opernhaus liess die beiden aufjauchzen und Millionen von Kulturbegeisterten in aller Welt hatten grosse Freude an mir. (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren, ich habe Sie in meiner Antrittsrede vor etwas mehr als einem Jahr für Ihren Mut gelobt, mich zu Ihrem Präsidenten zu wählen. Heute habe ich mich zu bedanken für die Nachsicht und die Geduld, die Sie mit mir hatten. (*Lang anhaltender kräftiger Applaus.*)

Erklärung der SP-Fraktion zum abtretenden Ratspräsidenten

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Hartmuth, nach drei Jahren auf dem Bock kehrst Du wieder in die «Prokrustes-Bänke» des Rathauses zurück. Du hast, das kann ich als stiller Geniesser zahlreicher Deiner Reden auch persönlich bestätigen, die öffentlichen Reden ebenso genossen, wie Du – das hast Du uns ja eben sehr eindrücklich mitgeteilt – an den Schwächen unseres Parlaments und auch von dessen Präsidium gelitten hast. Besonders spürbar war Dein Leiden bei den zahlreichen Besichtigungen ausländischer Parlamentshäuser und vor allem von deren Präsidentenbüros. (*Heiterkeit.*) Wie wir gehört haben, bist Du dafür, den Rat und dessen Präsidium durch eine vier- und heute habe ich gehört fünfjährige Amtszeit des Kantonsratspräsidenten zu stärken. Wenn das Hartmuth Attenhofer wäre und es in dieser Zeit zu ähnlich vielen Stichentscheiden käme wie in der jüngsten Vergangenheit, wäre das für uns bestimmt eine ganz erfreuliche Neuerung. Ob aber die SP-Fraktion mitmachen würde, ist nach drei Jahren Attenhofer auf dem Bock trotzdem nicht so sicher. So sehr wir Deine öffentlichen Reden im Namen des Kantons und unseres Rates nämlich genossen haben, so sehr freuen wir uns darauf, Deine rhetorische Kraft bald wieder ganz für uns zu haben. Die SP und ihre Fraktion haben sie nämlich nötig. (*Heiterkeit.*)

Hartmuth, wir danken Dir – und dies nun sicher wieder im Namen des ganzen Rates – für Deinen riesigen Einsatz, Deine Unparteilichkeit und Deinen trotz gelegentlicher Widerborstigkeiten des präsidialen «Esels» nie verlorenen Humor. Herzlichen Dank! (*Kräftiger Applaus.*)

Rede der Ratsvizepräsidentin zum Abschied des abtretenden Ratspräsidenten

Ratsvizepräsidentin Ursula Moor: Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident, lieber Hartmuth, sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren des Regierungsrates, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Gäste

Unser Schiff ist sicher im Hafen angekommen. Der Lotse verlässt die Brücke. Im Namen der Geschäftsleitung und des Kantonsrates danke ich unserem Kantonsratspräsidenten Hartmuth Attenhofer für die sicheren Lotsendienste, die er uns im letzten Amtsjahr der Legislatur geleistet hat.

Dieses Amtsjahr hat ihn gefordert. Die neue Kantonsverfassung hat gerade bei der Behandlung von Volksinitiativen neue variantenreiche Verfahrensabläufe verlangt. Der Lotse musste für insgesamt sieben Volksinitiativen zum Teil völlig neue Seekarten zeichnen. Nur einmal musste er befehlen «Volle Fahrt zurück!». Elf neue Gesetze und einige nicht ganz alltägliche und darum öffentlichkeitswirksame «Kisten» hat er durch das Plenum geschaukelt. Besondere Navigationskünste waren gefragt, als es galt, unser Schiff durch die tückischen Untiefen des Verkehrsrichtplans zu steuern. Auch die Erfahrensten unter uns können sich nicht erinnern, je durch eine Vorlage mit so vielen Anträgen gekreuzt zu sein. Nach 13 Sitzungen und rund 27 Stunden auf der Kommandobrücke hat es unser Lotse geschafft – und uns auch.

Unser Lotse hat es aber immer wieder verstanden, uns bei Laune zu halten. Mit Landgängen an die Löwenstrasse, nach Zürich Nord und Kappel am Albis hat er unsere Kenntnisse des Kantons und seiner Menschen vertieft. Wenn Nachtsitzungen anstanden, hat er so ziemlich alles auffahren lassen, was die Kombüse hergab. (*Heiterkeit.*) Und obwohl es dabei reichlich Geräuchertes und Gepökelttes gab, hat niemand wegen Skorbut seine Zähne eingebüsst.

Unser Schiff hat auf seiner letzten Fahrt keinen ernsthaften Schaden genommen, mit Ausnahme vielleicht der Schiffsglocke, die unser Lotse, wie die Brückenwache beklagt, doch etwas gar lieblos – oder sagt man: nachhaltig? – behandelt hat. Die Schuld dafür liegt bei uns, nämlich beim Lärmpegel, den wir gelegentlich verursacht haben. Einmal haben wir es so weit getrieben, dass uns der Lotse über Bord gehen lassen wollte. Ich zitiere seine Ermahnung: «Der Lärmpegel hier im Saal ist wirklich riesengross. Wenn das nicht bald ändert, wenn es nicht bald ruhiger wird, dann schicke ich Sie alle nach Hause!»

Lieber Hartmuth, ich danke Dir von ganzem Herzen für die schöne freundschaftliche Zusammenarbeit und wünsche Dir weiterhin nur das

Beste. Hartmuth, Du hast Dir Deinen Lohn redlich verdient. Ich übergebe Dir im Namen der Besatzung als Zeichen unseres Dankes und unserer Anerkennung den «Silbernen Löwen» von Zürich. Der Löwe wird Dich an Deine kundig gemeisterte Arbeit erinnern und der Applaus, den wir Dir spenden, an den Geräuschpegel hier im Ratssaal.

(Lang anhaltender kräftiger Applaus. Ratsvizepräsidentin Ursula Moor überreicht dem Ratspräsidenten den «Silbernen Löwen» und einen Blumenstrauss.)

Einladung zum Apéro

Ratspräsident Hartmuth Attenhofer: Ich lade Sie nun ins Untergeschoss zum Apéro ein. Warme Speisen werden im Entree serviert, kalte Speisen im Festsaal.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Deutschkurse für die ausländische Bevölkerung**
Motion *Elisabeth Derisiotis-Scherrer (SP, Zollikon)*
- **Integrationskurse für die ausländische Bevölkerung**
Motion *Elisabeth Derisiotis-Scherrer (SP, Zollikon)*
- **Hochschule für Heilpädagogik (HfH)**
Dringliches Postulat *Claudio Schmid (SVP, Bülach)*
- **Wirkungsvolle Lärmgebühren beim Flughafen Zürich**
Postulat *Priska Seiler Graf (SP, Kloten)*
- **Pauschalbesteuerungsabkommen mit dem russischen Multimilliardär, Öl- und Aluminiumbaron Dr. V.**
Interpellation *Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden)*
- **Praxis des Kantonalen Steueramtes bei der Gewährung von Pauschalbesteuerungsabkommen**
Anfrage *Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden)*
- **Elektroheizungen im Kanton Zürich**
Anfrage *Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)*
- **Zürcher Unterstützung für die 1. August-Feier auf dem Rütli**
Anfrage *Beat Walti (FDP, Zollikon)*

Schluss der Sitzung: 11.10 Uhr

Zürich, den 14. Mai 2007

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 4. Juni 2007.